

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Umgetragen in der Post. Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7090.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erstausgabe täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508,
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 6. Juli 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Der Tag der Herren.

Wenn die zu lebenslänglichem Herrenhaus verurteilten, geborenen Gesetzgeber Preußens, die Prinzen, Herzöge, Fürsten, Grafen und Freiherren nebst ihrem Gefolge einfacher Vons in ihrem Herrenapparat durch ihre weder Tag noch Nacht ruhende Thätigkeit fürs Vaterland demnach gestört sind, daß ihnen keine Sommerfrische, kein Badeort mehr die nötige Ruhe und Erholung zu gewähren vermag, so pflegen die Hausärzte den erlauchten Herren ein leichtes Mittel zu verordnen: Sie schicken die Patienten in eine Sitzung des Herrenhauses. Hier finden sie Ruhe und Frieden. Nirgends bietet sich die hygienische Gelegenheit zu einem kräftigenden Nachmittags-schlaf in solcher Vollkommenheit dar, wie bei dem eintönigen Redegeplätscher dieser feudalen Ständeparlamentarier. Kein Tribünengast entweicht die Stille der Herrenhaus-Verhandlungen; nach gelegentlich ein verirrter Fremdling, so geraten die Diener dieser Adelsverwaltung, die auffälligerweise weder Allongeperrücken noch Schnallenschuhe tragen, in stürmische Aufregung. Die paar Journalisten, von denen immer sechs zusammen einen Namen der unten Versammelten ermitteln, träumen trübselig und sehnsüchtig von der Vertagung auf „unbestimmte“ Zeit, die in dieser Vertretung der Glaubwürdigen üblich ist. Selbst die amtlichen Stenographen üben ihre Thätigkeit in einem geduldbigen Galtschimmer. Auch die papiergerigste Redaktion nimmt sich nicht die Mühe, die Druckfachen des preussischen Oberhauses abzuholen; sie verstanden ungefehr in den Regalen. Kein Hauch des drängenden Lebens der Gegenwart weht in das vorgeschichtliche Ghetto des geborenen und ernannten Parlamentarismus. Die Oeffentlichkeit flüchtet sich vor der öden Langenweile der hochedlen Kammer, die bereits fast ein halbes Jahrhundert existiert. Und doch hängt von dieser staatsrechtlichen Monstrosität die Entscheidung über die gesamte Politik des größten Bundesstaates des Reiches ab! Nichts ist so gählig wie das Lote.

Indessen bisweilen haben die vornehmen Herren das Bedürfnis, eine größere Aufmerksamkeit zu erregen. Sie ziehen dann auf die Jagd und wildern natürlich in fremden Gesehen. Zumeist ist es die Reichstagspolitik, gegen die der Adel Preußens frontiert, und an solchen Tagen erinnert man sich auch draußen des verschollenen Instituts. Dann wird es plötzlich lebhafter in der Rede, die Zeitungen berichten ausführlicher über die Verhandlungen und es kommt selbst vor, daß extravagantere Personen Einladungen für die Publikum-Tribüne fordern.

Einen solchen Tag arrangierten die Herren von der angeborenen Staatsweisheit am gestrigen Mittwoch. Es war eine große Aktion geplant. Die von dem Reichstag mißhandelte Regierung sollte, wenigstens in ihrem preussischen Teil, eine Herzensstörung und Geistesstärkung von den Edelsten der Nation empfangen. Graf Mirbach, der die erste Eisenbahnklasse menschenwürdig findet, war der Impresario der großen Aktion wider den Reichstag. Sein schneidiger Antrag, in dem er den Steuermännern des Justizministeriums das Vertrauen des höchsten Hauses ausdrückt und sie anfeuert, auf dem herrlichen Wege auszuhalten, stand an diesem Mittwoch zur Beratung. Es sollte eine große Aktion werden, es ward aber keine. Wohl gab es einige Gähne auf der öffentlichen Tribüne, die Diplomatologie verfügte über etwelche menschliche Gestalten, die Journalistenbänke waren sogar überfüllt — aber man kam nicht auf die Kosten. Die Herren waren offenbar nicht bei Stimmung.

Hatten sie schlecht gefrühstückt oder hielten sie die politische Lage für zu bedenklich, als daß ihnen ein energischer Vorstoß gegen Reichstag, Wahlrecht, Arbeiterbewegung, Socialdemokratie, Kanalvorlage und ähnliche verhasste Dinge rätschlich erschien?

Mit außerordentlicher Behutsamkeit vermied man, den Reichstag zu kritisieren, und in der Verteidigung der Justizhausvorlage fand man kein schärferes Wort, als etwa Graf Potadowski im Reichstag gewagt hatte. Die preussische Regierung ließ sich einzig durch ihren Vresfeld vertreten, der freilich in diesem Hause sich trotz seiner Bürgerlichkeit heimischer fühlen muß als im Hause Wallots. Ihm assistierte der Geheimrats-Wendel der Regierung, Herr Philippson, ein Mann, von dem das unheimliche Gerücht geht, er vermöge in fünf Minuten drei vollständige Umsturzvorlagen auszuarbeiten — eine Geschicklichkeit, die dem Beamten trotz seiner wenig blaublätigen Erscheinung zu den höchsten Ehren und einer noch glänzenderen Zukunft befähigen mag.

Die Verhandlungen begannen mit kleineren Vorlagen; darunter befand sich das Karfreitagsgesetz, ein evangelisch-katholisches Kompromiß, das trotz des Widerspruchs eines strammen Evangelischen, der mit schönem Eifer seine alteingewohnte Liebe zum Karfreitag betonte, Annahme fand. Man konnte währenddessen die erlauchte Versammlung in Saale miffieren, die wenn nicht parlamentarisch, so doch anthropometrisch entschieden interessant ist. Der Äußerkeit feiert in diesen Gesichtern keine seltsamen Mythen. Man ist gar nicht im Stande, die ganze Fülle der Gedanken herauszulesen, die hinter diesen in walterer Justiz an die Bedingungen eines preussischen Herrendoms allmählich angepaßten Stirnen nicht vorhanden sind. Gewiß sind sie nicht alle Schönheiten, dafür aber verbriefte Grafen vom Geiste. Eine hübsche Reizung, die Augen zeitweise zu schließen, vertieft noch den sinnigen Charakter dieser aus der Vorzeit stammenden Persönlichkeiten. Inmitten der civilen Garderobe fällt die Generaluniform des alten Grafen v. Lehndorff mit dem feinen, wenn auch nicht bedeutenden Stoff auf — sein Vorname Thaddeus giebt ihm einen sonst unbegründeten Stich ins Dämonische. Im übrigen dominieren die weißen Westen, Schimmern des Glanzes und ermittelten Augen. Die Stimme des Fürsten Wied, des Präsidenten, klingt hell und frisch in den Pausen zwischen den Rednern.

Weber den Antrag Mirbach gab es zunächst — nach der eigentümlichen Geschäftsritze des Hauses — ein Referat, Herr Levezow,

der im Reichstag für die Konservativen die Justizhausvorlage verteidigen mußte, hielt als Referent eine ebenso gleichmütige, schlaffe Rede zu Gunsten des Stummischen Werkes, wie im Reichstag. Er fügte die üblichen Argumente lässig aneinander (keine Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit, nur gegen die Mißbräuche etc.), nicht ohne zu gestehen, daß selbst er einige Bestimmungen für bedenklich halte, z. B. die über das Streikpostensystem. Ja, den Justizhausparagrafen selbst gab er sogar preis, und meinte in einer plötzlichen Anwandlung ironischer Kritik, er wolle nicht darüber reden, wie dieser Paragraf in das Gesetz hineingekommen sei. Schließlich fühlte er noch das Bedürfnis, den Zweck des Antrages zu erklären. Der Mißbrauch der Koalitionsfreiheit schädige aufs schwerste Vaterland und Monarchie, Staat und Gesellschaftsordnung. Darum habe das Herrenhaus das Recht, die Regierung auf ihrem Wege zur Justizhausvorlage zu bestärken.

Danach sprach Graf Mirbach in jener würdigen Eleganz, die ihn auszeichnete, als er noch im Reichstag reduciert thätig war. Er war heute phlegmatischer denn je. Er begann damit, zu versichern, daß die Art, wie der Reichstag die Justizhausvorlage behandelt habe, in weiten Kreisen Besten und Bedauern gefunden habe. Das war aber alles. Er ließ den Reichstag fürderhin ungeschoren. Graf Mirbach war der Meinung, daß die Vorlage den Zweck habe, Streiks zu verhindern. Streiks sind ein Unglück für den Arbeiter. Sie werden von den Socialdemokraten angezettelt, um den Arbeiter ins Elend zu stürzen und dadurch die für die Partei nötige Unzufriedenheit hervorzurufen. Warum die Socialdemokratie bei solchen teuflischen Absichten so insofsequent ist, Streikende zu unterstützen und so erfolgreiche Ausstände zu ermöglichen — wodurch dann statt des erwünschten Elends eine Besserung der Lebenslage und größere Zufriedenheit eintritt — dieses Rätsel wußte Graf Mirbach nicht zu lösen; er sah es nicht einmal. Als der Herr über die allgemeine Lage sprach und sich über die allgemeine Lage und die Regierungspolitik schärfer äußerte, erhob sich der Präsident und legte die Hand an die Glocke. Aber Graf Mirbach erwiderte rasch, und Fürst Wied konnte sich wieder setzen.

Es folgte ein Vertreter des Bürgermeistertadels, Herr Becker aus Köln, der sich im Namen der Nationalliberalen mit der Tendenz der Justizhausvorlage einverstanden erklärte, aber in drohlicher Einschätzung der Herrenhaus-Bedeutung gegen den Antrag Mirbach stimmte, weil ein Eintreten des Herrenhauses für die Vorlage ihre Ausföhrung im Reichstag nur verschleppern würde. Dieser liberale Bürgermeister stimmte also gegen den Antrag im Interesse des Entwurfs. Becker konnte ganz gut in einer ostelbischen Wiege als Majoratserbe geboren sein.

Jetzt kam die preussische Regierung zum Wort. Minister Vresfeld schleuderte einen einzigen Satz ins Haus, der aber traf: Die Regierung hält an ihrem Entwurf fest. Sprachs und setzte sich nieder.

Mit erheblicher Spannung erwartete man die folgende Rede des Professor Schmolle, eine Jungferrede; denn er ist erst vor kurzem ins Herrenhaus berufen worden. Man hätte voraussetzen sollen, daß dieser Vorhänger des Vereins für Socialpolitik, der Gründer der latheder-socialistischen Schule, die Gelegenheit wahrgenommen hätte, als Mann der Wissenschaft den Geborenen einmal gründlich den Text zu lesen. Nichts dergleichen. Herr Schmolle begnügte sich mit dem Ehrgeiz, in seiner lahmen Rede eine schlechte Herrenhaus-Kopie des Reichstags-Lieber darzustellen. Er ist zwar gegen den Antrag Mirbach, auch gegen die Justizhausvorlage, er will aber doch mit sich über neue Strafbestimmungen reden lassen, wenn zuvor die Arbeiterrechte ausgebaut seien. Seine Rede war kurz und doch überreich an schwächlichen, ja verkehrten Argumenten. Er bat förmlich um Entschuldigung, daß er sich erlaube, Gegner der Justizhausvorlage zu sein, und als er geendigt, ging er auf den Grafen Mirbach zu und schüttelte ihm gerührt die Hand. Der latheder-socialist fügt sich passend in das Ensemble der Geborenen ein.

Als die professorale Rede, vor der sich die Junker ein wenig gefürchtet hatten — deshalb wohl die Vorhänger der ersten Redner — dergefallt in ihrer harmlosen lächelnden Unschuld vorübergeglitten war, wuchs der Mut der Hochedlen. Graf Mirbach repetierte zunächst auszugeweihte seine erste Rede. Dann aber ging der frühere Führer der Konservativen, Mantuffel, mit dem ganzen Aufwund seiner latheder-socialistischen Verebamkeit für die Justizhausvorlage ins Zeug. Er hielt in dem Entwurf ein Mittel zur Ausrottung der Agitatoren. Die Vorlage ist ihm noch viel zu schwach und da verlangt man gar noch Abschwächungen, wie sie Schmolle empfohlen hat! Mit großem Stolz beweist er dem gelehrten Voreddner, daß er in dem Adreßbuch des Adels besser Bescheid wisse als jener.

Damit schloß die Debatte, ohne daß sie recht angefangen hätte. Das Herrenhaus war erschöpft und die Diner-Zeit war herangekommen.

Die Abstimmung war namentlich. Der Hoch- und Kleinadel stimmte für den Antrag Mirbach, die Bürgermeister und Professoren dagegen. Einzelne Abstimmungen waren bemerkenswert. So stimmte der Reichsbank-Direktor Koch mit nein — er scheint es nicht für nötig zu befinden, allen Einfällen der zeitigen Regierung blindlings Folge zu leisten. Auch unter den Hochedlen dissentierten einige: der Graf v. Hutten-Czapstki, der mit Krupp und Rothchild den Ruhm des größten Jahreseinkommens teilt, und Alexis Wilhelm Ernst Landgraf von Hessen-Philippsthal-Barchfeld. Dieser Landgraf, der aussieht, als ob er für gewöhnlich in dem Spiritusglas eines Karitätenkabinetts aufbewahrt wird, ist die wunderlichste der wunderlichen Herrenhaus-Erscheinungen. Als er merkte, welches Aussehen seine revolutionäre Abstammung bei seinen Standesgenossen hervorrief, strahlte er vor Vergnügen.

Das Herrenhaus hat mit 72 gegen 22 Stimmen den Antrag Mirbach und so indirekt die Justizhausvorlage angenommen.

Der preussische Junker hat wieder einmal das Vaterland gerettet, wie einst in den Zeiten Jena's. Schade nur, daß das Privatunternehmen der Junker keine Rechtsgültigkeit im Reich hat!

Die von allen Seiten verlassene Reichsregierung aber darf ihren Schmerz an dem mißfählenden Busen des Herrenhauses ausweinen. Das ist doch ein Erfolg der sonst überflüssigen Union der Edelsten Preußens.

Die Herneer Krawalle und ihre wahren Ursachen.

Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ bringt eine ganz detaillierte Darstellung der wahren Ursachen der Exzesse um Herne. Durch dieselben wird mit unwiderleglicher Gründlichkeit festgestellt, daß von einer Schuld der Klassenbewußten Arbeiterschaft an den Vorkommnissen durchaus keine Rede sein kann. Wir geben die Darlegungen daher, soweit sie sich auf diesen Punkt beziehen, in vollem Umfang wieder. Das Blatt schreibt:

„Wer ist schuld an dem vergossenen Blut? Wir wollen zunächst die Rolle, welche unser Verband bei den Herneer Krawallen spielte, authentisch festlegen für alle Fälle. Am Sonntag, den 25. Juni, fand in Mülheim a. d. Ruhr die Konferenz aller Ruhrbergwerksgewerkschaften statt. An derselben nahmen eine Anzahl Leiter unseres Verbandes teil. Um 11 1/2 Uhr morgens erhielt Schröder nach Mülheim hin telegraphisch Bescheid von dem Ausbruch des Ausstandes im Herneer Revier. Diese Depesche ging von Schirholt aus, der gleichfalls telegraphisch, erst am Abend des 24. Juni Nachricht über die Niederlegung der Arbeit auf jenen Revieren erhielt. Also am 24. Juni abends erhielt unsere Verbandsleitung die erste Meldung von dem Ausstand, dessen Anfänge bis zum Donnerstags, den 22. Juni, zurückliegen!

Damit ist der Nachweis erbracht, daß unser Verband mit dem Anspringen des Ausstandes nichts zu thun hat. Ja nicht einmal organisierte Delegierte waren die Streikbeginner, denn unsere Mitglieder hätten sich sofort an das Verbandsbureau gewandt, welches sie mit der Trambahn in kurzer Zeit erreichen können. Jedemal jedoch, wenn auf der einen oder anderen Ruhrrevieren Differenzen sich einstellten, sind wir schleunigst davon unterrichtet worden, wenn auch nur ein kleiner Teil der Belegschaft organisiert war. Schröder begab sich sofort von Mülheim nach Herne, alle auf genannter Konferenz vertretenen Verbandsleiter waren für schnelle Beilegung der Differenzen; in diesem Sinne sollte und wollte Schröder wirken.

Als Schröder nach Herne kam, hatte der Vertrauensmann unseres Verbandes in Herne, Franz Adams, die kurz nach 4 Uhr begonnene Mitgliederversammlung, welche regelmäßig jeden Sonntag im Monat findet, ordnungsgemäß geschlossen. Unsere Mitgliederversammlung hatte einen stattgefundenen Ausfluß und das Levische System besprochen. Von Erregung keine Spur, auch nicht bei den am Schluß der Mitgliederversammlung kommenden politischen Kameraden (Nichtmitgliedern), welche zu der um 5 1/2 Uhr bei 9 o m m an demselben öffentlichen Versammlung eintrafen. Schnell füllte sich der kleine Saal; die Polizeibeamten forderte die Freithaltung eines Ganges. Schröder sorgte sofort für dieselbe und die Menge drängte sich soweit vom Gang zurück, daß der Stellner mit einem vollbesetzten Tablett Biergläser anstandslos durchging!!! „Ist es so gut?“ fragte Schröder den Beamten. Dieser zeigte die Schloß, gab keine Antwort. Nun ergreift der politische Redner Szczotkowski das Wort, um eindringlich seine Landsleute zu ermahnen, unter allen Umständen ruhig zu verhalten — und da löste der Beamte wegen Heberverfallung des Lokals die Versammlung auf!!!“

Das Blatt fährt fort: „Wir haben diese Vorgänge so ausführlich geschildert, weil die Auflösung dieser Versammlung als Ausgangspunkt der folgenden Krawalle zu betrachten ist und wir auf Verlangen hundert für einen genannten Kameraden die Verhältnisse stellen wollen als Zeugen dafür, daß durch die Versammlungsauflösung die Arbeiter wütend wurden, weil ihnen nunmehr das Mittel der Verhandlung aus der Hand genommen war! Schröder sowohl wie Szczotkowski war eigens zur Versammlung gegangen, um zur Wiederaufnahme der Arbeit zu raten! Sie wollten den Leuten vorstellen, daß es unmöglich sei, durch einen Ausstand das Annaproduktstatut zu ändern. Hundert für einen Zeugen stellen wir dafür, daß es Schröder bei seinem Ansehen gelungen wäre, die Kameraden zur Vernunft zu bringen und so die schrecklichen Szenen, welche am 25.—28. Juni sich ereigneten, zu verhindern. Die Versammlungsauflösung war der größte Fehler, der gemacht werden konnte.“

Was nun erfolgte an Ausschreitungen der Arbeiter kann niemand mehr beurteilen wie wir. Uns können die Exzesse nur Schaden zufügen, Nutzen davon haben nur die professionellen Scharfmacher. Diese Vorsicht allein ist genügend, um uns von jedem Verdacht einer Aufreizung frei zu machen.

Ob die Gendarmen und Polizisten sich so verhalten, wie sie es als verantwortliche Beamte thun sollten, wird der kommende Anführerprozess ergeben. Wir wollen nur mitteilen, daß die Gendarmen über das Trottoir ritten und mit der Klinge loshieben auf alles, was im Wege stand; noch am Donnerstag sahen wir das geronnene Arbeiterblut an den Mauern liegen.“

Unsere schon mehrfach geäußerte Auffassung, daß durch ein taktvolleres, zweckmäßigeres Vorgehen der Behörden die Exzesse sehr wohl hätten verhindert werden können, wird durch den obigen Bericht bestätigt. Wer angesichts dieser nicht wegzuleugnenden Thatsachen noch immer dabei bleibt, daß der organisierten Arbeiterschaft — der politischen oder gewerkschaftlichen oder beiden — die Schuld an den blutigen Ereignissen zuzuschreiben sei, der sagt dies wider besseres Wissen, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er die traurigen Ereignisse in der niederträchtigsten Weise politisch zu fruchtigieren versucht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Juli.

Eine königliche Epistel gegen das Duell.

In den landläufigen Geschichtsbüchern lesen wir neben den Verichten von der „Vollständigkeit“ des „alten Fritz“, von seinem Feldherrngenie und militärischen Organisations-talent die und da den Ausdruck des Bedauerns, daß er die Offiziersstellen in seinem Heere namentlich nach den siegreichen schlesischen Kriegen „ausschließlich Adeligen gab“. Dabei fallen gewöhnlich ein paar Krokodilstränen wegen des „Vorurteils“ des berühmtesten Preußenkönigs gegen den Bürgerstand. So schief diese Darstellung nun auch ist, so könnte man sie doch passieren lassen, wenn die Herren bürgerlichen „Geschichtsschreiber“ nur halbwegs vollständig und wahrhaftig sein wollten und hinzusetzten, daß der alte Fritz von seinen abligen Offizieren aber auch etwas verlangte. Und zwar verlangte er das nicht bloß in Ansehung innerer Tüchtigkeit, sondern auch in Ansehung einer vernünftigen Lebensanschauung. Angesichts der Erörterungen über das wahnsinnige Duell Doring-Clöveforn bei Bonn, die ja noch immer nicht abgeschlossen sind, und angesichts der gehässigen Beweise aus den letzten Jahren für das Ausmünden des heutigen preussischen „Offiziersbewußtseins“ in einen vollkommenen Duellmord mag es nämlich nicht ganz unzeitgemäß sein, daran zu erinnern, daß der alte Fritz seinen abligen Offizieren sehr zeitig und energisch das Unnütze der Duellmorderei vor's Gewissen führte. Andere nach ihm haben es wieder anders gehalten und so sind die Zustände zu demjenigen gediehen, was der Mensch mit ganz gewöhnlichen bürgerlichen Ehrbegriffen heute staunend beobachtet. Aber an Wert haben die Leistungen des erfolgreichsten gekrönten Feldherrn dadurch nicht das mindeste verloren.

Besonders deutlich wird Friedrich II. in einem Stück seiner dichterischen (französisch verfaßten) Werke, die u. a. noch wenig bekannt sind. In der 9. „Epistel“ (Gedichte in Briefform, meist an bestimmte Persönlichkeiten aus bestimmten Anlässen) an den General Stille (Werke, Bd. 10, S. 127) liest er den Duellfeiern in einer Weise den Text, die einem heute noch freut. Die poetische Form des ganzen nötigt nämlich den dichtenden König, das Thema etwas zu vertiefen und nicht bloß mit den bestehenden oder verbotenen Worten einer Kabinettsordre abzuthun. Schon die Ueberschrift ist vielversprechend: „Wie man Mut beweisen und es mit seiner wirklichen Ehre halten soll“. Die Epistel wendet sich sofort in den Eingangszellen gegen die „ehrigeligen“ Narren, „die sich über ein Nichts aufregen und es glauben sofort mit Blut abwaschen zu müssen“. Dieses thörichte Aufbegehren gegen eine „eingebildete Beleidigung“ sei viel mehr sinnlose Wut, als Courage, „mit der Wahrung der Ehre habe es jedenfalls nicht das geringste zu thun“. Wenn dieser falsche Ehrenstandpunkt Streitigkeiten, Mißhandlungen und Totschläge herbeiführe, so werde er einfach „verbrecherisch“. Dann geht es besonders auf die jungen Herren Krieger:

„Dieser verderbliche Gang richtet oft die unerfahrene Jugend zu Grunde;

Schnell bereit, sich maßloser Aufwallung hinzugeben,
Ist sie auf ein einziges Wort hin fertig zum Vorden;
Sie führt die Ehre im Munde und ist unmaßend gewig
Mit diesem hohen Wort ihre Lust am Säuen zu demanteln ...
Wenn tollkühnig, ohne Grund zu Haß und Zorn,
Aus blohem Vorurteil, das gramam bewahrt wird,
Zwischen Freunden auf abgesehenem Platz gekämpft wird,
Wie zwischen Feinden, nur um die Ehre zu retten —
Ist das nicht trübselig und verrückt,
Ein barbarischer Gebrauch, der Ehre unmännern auferlegt wird?
Sind es Unsinnige, sind es Wilde,
Die eine schœnliche Ehre so zu rächen suchen?“ ...

Und die Heimatehre muß als Person auftreten und den Herren Offizieren und Kehlischen sagen:

„Eure Duelle machen Euch zu einfachen Mördern,
Sucht Euch Ruhm im wirklichen Siege.
Wacht denn der Mut die Menschen blutdürstig?
Welches Recht habt Ihr auf das Leben Eurer Brüder?
Laßt den schœnlichen Wahnsinn fahren, als müßten solche
Blutthaten sein!“

Die Kriegsthaten bekannter preussischer Heerführer, in begeisterte Sprache gepriesen, müssen dann im weiteren Verlauf des Gedichts als Gegenstück dienen, so daß man ja nicht in Zweifel gerät, daß ein preussischer Soldatenkönig die schneidende Epistel gegen den Duellmord geschriebe hat.

Wenn heute ein sozialdemokratischer Journalist so heftige Ausfälle auf hohe und niedere Herren Duellanten, namentlich aus dem Heere, schleudern wollte, so könnte er sich eines schönen Lohnes bis zum Reichsgericht hinaus verschärfen halten. Wir sagen deshalb gar nichts zu dieser kleinen Erinnerung an eine Geistesthat eines Hohenzollern-Königs, sondern stellen nur nochmals ausdrücklich fest, daß die Epistel über wirklichen Mut und wirkliche Ehre Dezember bis Januar 1749/50 im Berliner Schloß verfaßt wurde. Also vor genau 150 Jahren!

Nur eine einzige That, die in die Gegenwart führt, sei erlaubt. Wir sind auf die Antiduell-epistel des alten Fritz aufmerksam geworden durch eine schöne Zeichnung, die Adolf Wenzel dazu geschaffen hat und die uns wieder einmal durch die Sand ging, als vor einiger Zeit aller Welt kund und zu wissen gethan wurde, daß der jetzige Kaiser und preussische König den Berliner Altmeister wegen seiner Verdienste um das Hohenzollernhaus geadelt habe. Ob es wohl auch ein Verdienst Wenzels im Sinne der Adelsverleihung ist, daß der geniale Stiff des besten der Berliner Zeichner die lange verwißte Erinnerung an das rücksichtslose Auftreten eines preussischen Soldatenkönigs gegen die Duellwut wieder aufzuleben half? ...

Bewaffneter Frieden in Belgien.

Die Regierung ist vor den grossenden Wogen der Volksmassen zurückgewichen. Ihr Versuch, die Macht zu vermehrter Unterdrückung der Volksrechte zu misbrauchen, scheiterte an der ersten, mit dem Kaufmann drohenden Haltung der Arbeiterschaft, deren schlechtes Wahlrecht weiter gekürzt, die auf weitere Jahrzehnte durch ungerechtes Wahlrecht der Aristokratie Herrschaft ausgeliefert werden sollte.

Ungeheuer war die Spannung der Geister am Dienstag vor der Entscheidung. Am Morgen dieses Tages — so schreibt uns ein Parteifreund und Teilnehmer der Ereignisse aus Brüssel — meinten wir alle, es werde am Abend Kämpfe geben. Es gab keinen Sozialdemokraten, der nicht beim Verlassen seiner Wohnung sich mit dem Gedanken trug, er werde sie niemals wiedersehen. Die Opposition war zu allem bereit!

Aber die Regierung und die Aristokraten hatten erkannt, daß es vergeblich sei, gegen das Volk, gegen das Recht ihre freyen Pläne aufrecht zu erhalten. Sie mußten sich zurückziehen, wollten sie nicht einen Aufstand im Lande entfesseln, in dem sie vollends ihren Untergang gefunden hätten.

Die Uebergabe der Wahlrechtsreform an eine Kommission aus Mitgliedern der Kammer bedeutet das Aufgeben der Regierungsvorlage und die Kammerlinie konnte in das jubelnde Brüssel und das ganze Land noch am Dienstagabend ein Siegesmanifest entsenden:

„Bürger! Dank Eurer unbezwingbaren Energie hat die öffentliche Meinung einen glänzenden Sieg davon getragen. Der schändliche Wahlrechtsentwurf Landesverderbens ist zurückgezogen. Der Versuch eines Staatsstreichs scheiterte elendiglich an der Erhebung des Landes. Der Volkswille hat sich diesmal klar kundgegeben. Das Volk fordert, daß die Nation vor jeder Umänderung des Wahlsystems zu Rate gezogen werde. Es will das Referendum, die Auflösung der Kammer oder die Vertagung jeder Wahlreform bis nach den nächsten Wahlen. Wir, die Mitglieder der Linken, die einzig und unzerrennlich sind, verpflichten uns, die unbezwingbaren Vertreter dieses nationalen Willens zu sein. Das Volk hat uns unsere Pflicht vorgezeichnet und in den Beratungen der neuen Kommission werden wir dieser Pflicht treu bleiben.“

Als der Sieg der Linken in Brüssel bekannt wurde, brach ein ungeheurer Jubel aus. Auf einem großen Meeting der Opposition erklärten die Vertreter der Linken-Parteien, Sozialisten, Christlich-Sozialen und Liberalen, sie würden auch ferner Waffenbrüderschaft halten und die Agitation für das allgemeine gleiche Wahlrecht fortführen. Da ereignete sich auch eine für die Volkstimmung charakteristische Scene. Mehrere Bürgergarbisten traten in den Saal ein, den Gewehrloken nach oben gehalten; einer der Garbisten rief: „Wir hatten 10 Patronen erhalten; das war zu viel, denn es sind nur 7 Minister da!“ Zum Schluß des Meetings dankte Vandervelde in einer wundervollen Ansprache dem Volke für seine Energie und Kampfesbegeisterung.

In der Kommission, welche die Wahlsystemfrage beraten soll, sitzen 10 Aristokraten und 5 Mitglieder der Linken; von den Liberalen Vorand und Bournez, von den Sozialisten Vandervelde, Jarmont und L. Defuisseaux. Da die Aristokraten jetzt untereinander uneinig sind, so ist nicht abzusehen, ob überhaupt irgend ein Wahlsystemvorschlag zur Annahme gelangen kann. Es wird daher entweder bei dem jetzigen Gesetz bleiben, auf Grund dessen unsere Genossen mit der bürgerlichen Opposition zusammen große Fortschritte bei der nächsten Wahl erwarten dürfen, oder es kommt zur Kammerauflösung, bei der ebenfalls nur die Opposition gewinnen kann.

Die belgische Sozialdemokratie hat nicht nur für ihr Vaterland, sondern für die Arbeiterklasse aller Länder ein herrliches Beispiel gegeben, wie die Streiche der Reaktion abzuwehren sind und wie der Fortschritt des Volkes gefördert wird. Unsere belgischen Freunde haben sich als kluge Taktiker erwiesen, welcher erkennen, was erreichbar ist, und sich nicht in Situationen begeben, für die ihre Kräfte noch nicht reif sind. Sie haben die kluge Taktik mit herrlichen Heldennut verbunden, der im Dienste der Freiheit und Kultur ohne Besinnen das Leben wagt.

An dieser Kampfesweise wird unsere Bruderpartei in Belgien auch ferner festhalten. Und sollte die Regierung und der Aristokratismus sich mit der tödlichen Absicht tragen, durch Verschleppung der Wahlrechtsfrage schließlich doch noch ein Reaktionsgesetz durchzusetzen, so würden sie an der ebenso wohlüberlegten wie todesmüthigen Haltung der belgischen Sozialdemokratie kläglich scheitern!

Deutsches Reich.

Die Fälschung. Aus Abgeordnetenkreisen wird dem „A. C.“ mitgeteilt, daß der Reichstags-Präsident Graf Walckreuth es entschieden abgelehnt habe, Anfragen von Mitgliedern des Reichstages über die Urheberchaft der Korrektur im stenographischen Bericht zu beantworten, da er alles, was zu sagen ist, bereits in seiner amtlichen Berichterstattung festgelegt habe.

Wir wollen zu Gunsten des Grafen Walckreuth annehmen, daß die Untersuchung der Angelegenheit noch nicht abgeschlossen ist und daß nach deren Beendigung Aufklärung nicht ausbleiben wird.

Die demokratische „Kreuz-Zeitung“. Die „Kreuz-Zeitung“ rät uns, über die Niederlage der Regierung im Reichstage nicht zu früh zu triumphieren:

„Die Niederlage der Regierung kann sich sehr leicht in ihr Gegenteil verkehren, wenn bis zur Entscheidung über das Gesetz energisch und planvoll der Boden vorbereitet wird.“

Die „Kreuz-Zeitung“ soll sich beruhigen. Wir leimen den Eifer der Reaktion, eine günstige Wendung für das Justizhausgesetz herbeizuführen, und wir werden unsere Wachsamkeit nicht vernachlässigen, bis das Gesetz endgültig eingeschleppt sein wird.

Bei dieser Gelegenheit macht das Junferblatt eine gerade von ihm nicht erwartete Bemerkung. Es sagt:

„Wir verstehen den Eifer sehr gut, mit welchem die Sozialdemokratie ihren „Sieg“ befechtigen und ihre Freunde auf der Linken und im Centrum „scharf machen“ möchte; allein wenn die Bevölkerung schließlich zur Entscheidung darüber, ob man der Sozialdemokratie gegenüber vollständig thatenlos verharren solle oder nicht, aufgerufen werden würde, so wäre eine Veränderung der jetzigen sozialistenfeindlichen Psychognomie des Reichstages sicher. Wie die Stimmung im Lande ist, kann man schon daraus erkennen, mit welcher Genugthuung und Erleichterung die scharfe und principielle Stellungnahme der Regierung gegen die Sozialdemokratie in allen Kreisen aufgenommen worden ist. Mag also dem „Vorwärts“ in Frankreich, in Belgien und wo sonst noch der „große Kladderadatsch“ bevorsteht: das Deutsche Reich ist für derartige Speculationen noch lange nicht reif.“

Wir sind ausnahmsweise ganz einverstanden mit der „Kreuz-Ztg.“, welche plötzlich in einem rollenwidrigen Anfall demokratischer Regungen das deutsche Wahlvolk über die Justizhausgesetz befragt wissen will. Die „Stimmung im Lande“ würde niemandem weniger gut bekommen als den Kreuz-Zeitungs-Juniern.

Wenn aber die „Kreuz-Ztg.“ schließlich die deutschen Verhältnisse als gefestigt rühmt gegenüber denen anderer Staaten, so ist zweifellos die Partei des Blattes eifrig am Werke, die Zerrüttung derselben möglichst zu beschleunigen.

Justizhausgesetz gegen Kerze „Terrorismus“? Aus Landsberg a. W. wird uns geschrieben:

Wenn die Ausarbeiter der Justizhausvorlage folgenden Vorfall kennen lernen, so werden sie sicherlich für Ausdehnung ihres Gesetzes auf den Kerzenstand eintreten. Wie in anderen Städten giebt es auch in unserer einen Verein der Kerze. Von der Eisenbahndirection Bromberg war nun nach allwährem Sparnuster beschloffen worden, auch dem Bahnarzt den Brotkorb höher zu hängen und als der Kontrakt erneuert werden sollte, zerschlug sich eine Einigung, weil die Bahnverwaltung nicht mehr so viel zahlen wollte als früher. Im Kerzenverein, der in einem hiesigen Hotel tagt, kam dies natürlich zur Sprache und die Herren Kerze beschloffen nach allen Regeln der Kunst die Bahndirection Bromberg. Derselben gelang es nicht, auch nur einen einzigen „Streikbrecher“ unter den hiesigen Kerzen zu finden, der die Stelle des Bahn-Rassenarztes anzunehmen bereit gewesen wäre. Als sich schließlich ein Arzt aus dem benachbarten Wieg dazu fand, wurde im Kerzen-

verein beschloffen, den Kollegen als abtrünnig zu betrachten und ihn gewissermaßen in Verhaft zu erklären; es ging sogar soweit, daß man beschloß, auch diejenigen Kerze aus dem Verein zu excommunicieren, welche es wagen würden, mit dem Kollegen Geneschen — so heißt der Vieher Arzt — zusammen zu konsultieren.

Weiter ist noch folgendes interessant: Von den Details in der Gewerbung um die Wahllokalstelle hat der Kreisphysikus Dr. Friedrich Meldung beim Landrat Wahnschaffe gemacht und dadurch hat das Bezirkskommando Anzeige erhalten, welches nun gegen den „arbeitswilligen“ Dr. Geneschen, der Assistenzarzt und Referendarius ist, Untersuchung eingeleitet hat. Da er noch bis zum 30. Lebensjahre dispositionsfähig ist, soll er womöglich mit schlichtem Abschied entlassen werden.

Also „Terrorismus“ schlimmster Art! Es ist heilige Pflicht der Posadowsky-Prefectischen Regierung, alsbald ein Gesetz zum Schutze des ärztlichen Arbeitsverhältnisses einzubringen.

Gegen den fliegenden Gerichtsstand der Presse sprach sich der allgemeine deutsche Journalisten- und Schriftstellertag in Jülich aus, nachdem Dr. Bernheim-München die juristische Haltlosigkeit und Uneträglichkeit dieser Rechtsauffassung dargelegt hatte.

Beseitigung der „Leutenot“ auf Staatskosten. Zweck des Anfechtungsgesetzes vom Jahre 1866, das die Bildung von Rentengütern zum Gegenstand hat, ist neben den nationalen Gesichtspunkten beinahe ausschließlich die Schaffung von selbständigen bürgerlichen Besitzern. Diesen Zweck erkennt auch das vom Land der Landwirtschaft herausgegebene „Agrarische Handbuch“ als den Mittelpunkt der Rentengutbildung an. Der Graf Kautz scheint aber nach seinen Aeußerungen im preussischen Abgeordnetenhaus anscheinlich der ersten Beratung des Gesetzeswerkes, betreffend die Gewährung von Zinsen bei Rentengutbildungen anderer Ansicht zu sein. Er meinte, es würden viel zu wenig kleine Güter unter 25 Hektar geschaffen. Damit könne der Leutenot nicht entgegengetreten werden, wenn Güter mittleren Umfangs gebildet werden, es müsse für die Anfechtung von Arbeitern gesorgt werden. Das heißt, der Herr Graf Kautz verlangt, daß die Rentengutbildung zur Beseitigung der Leutenot zu geschehen habe, aber mit anderen Worten, er verlangt die Beseitigung der Leutenot auf Staatskosten aus dem Hundert Millionen-Fonds. So wird die Rentengutbildung, die die Agrarier direkt nicht kostet, sondern die auf Kosten der Gesamtheit der Steuerzahler erfolgt, jetzt als willkommenes Mittel begriffen, sich einmala die Scholle gebundenen Arbeiterstand zu schaffen.

Eiberfeld-Barmen vereinigt. Die „Eiberfelder Zeitung“ bespricht in einem ausführlichen Artikel die geplante, von der Regierung gedilligte Vereinigung der Städte Eiberfeld und Barmen zu einem Gemeinwesen. Die Idee wird in den nachgebenden Kreisen beider Städte mit Freuden begrüßt.

Eine Staatsklage im Sinne der „Deutschzeit“. Der Reichswillige Morgenstern aus Leipzig hatte zur Zeit des Leipziger Mauerstreiks den Streik gebrochen, und will deshalb am Abend des 17. Dezember v. J. im Eisenbahncoupé 4. Klasse des um 3/4 Uhr von Leipzig abgehenden Zuges von 9 Passagieren und Arbeitern aus der Umgebung von Straubitz mitgenommen worden sein. Die 9 Personen waren durch Morgenstern demütigt worden und fanden deshalb vor der Strafkammer wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung etc. am Dienstag unter Anklage vor der Strafkammer zu Halle a. S. Bei der Vernehmung sollte sich aber heraus, daß Morgenstern die widerrechtlichen Angaben machte; er hatte einen Mauerer sogar als Thäter bezeichnet, der in einem anderen Coupé gewesen war. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem Strafen von 9 bis 2 Monate Gefängnis herab; der Gerichtshof erachtete aber das Morgensternsche Zeugnis nicht für zuverlässig und sprach sämtliche Angeklagte frei.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich der 23jährige Bahnarbeiter Edmund Angellmann aus Groß-Agnewitz vor dem Landgericht in Hildesheim zu verantworten. Der Angeklagte hatte im Monat März d. J. bei Gelegenheit der Musterung als Militärpflichtiger das Hannoveranerlied mit einer Veränderung gesungen, die eine Beleidigung des preussischen Königs enthalten sollte. Vor Jahresfrist hatte er das gleiche schon einmal gethan. Einmalige Beleidigung ist aber nicht strafbar, der Fall den Endurtheil eines Abolenten machte, aus, daß er außerst beschränkt sei und nicht einmal grobe, mechanische Arbeiten ohne ständige besondere Anweisung ausführen könne; er sei deswegen auch außerstande, sich seinen vollen Lebensunterhalt zu verdienen, außerdem sei er an dem Tage betrunken gewesen. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem für jede Majestätsbeleidigung zwei Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von zwei Monaten und einer Woche Gefängnis. Das Gericht erkannte dem Antrage der Staatsanwaltschaft gemäß.

Zu den badischen Landtagswahlen

wird und geschrieben: Bei den für Mitte Oktober d. J. bevorstehenden Landtagswahlen sind von den 68 Sitzen der zweiten Kammer der badischen Landstände, die alle zwei Jahre zur Hälfte erneuert wird, 32 neu zu besetzen. Am stärksten sind hierbei die National-liberalen beteiligt, insofern von den 26 Vertretern, die ihre Fraction während der letzten Kammeression zählte, nicht weniger als 16 sich einer Reinvahl zu unterziehen haben. In der Fraction des Centrum erlöschen 9 von den 28 Mandaten, während sich von den 8 Abgeordneten der Preussisch-DEMOKRATIE 8 einer Reinvahl zu unterziehen haben. Von den 6 Sozialdemokraten scheiden die Abgeordneten Dreesbach und Geiß (beide Vertreter von Mannheim), das insgesamt 3 Abgeordnete zu wählen hat, aus dem Landtag aus. Endlich ist auch einer der beiden antisemitischen Abgeordneten, sowie der einzige konservative der zweiten Kammer, mit dem kürzlich erfolgten Sessions-schluss parlamentarisch obdachlos geworden.

Was nun die Aussichten der einzelnen Parteien in dem demnächst zu eröffnenden Wahlkampf betrifft, so ist die Position der National-liberalen unstreitig die am meisten gefährdete. Schon der Umstand, daß sie nicht weniger als drei Fünftel ihres bisherigen parlamentarischen Besitzthums in genau der Hälfte aller Reinvahlbezirke zu verteidigen haben, weist ihnen von vornherein eine im Wesentlichen defensive Stellung an und verhindert sie an kräftigen Vorstößen auf bisher von gemäßigten Parteien innegehabte Positionen. Dazu kommt, daß unter den von den National-liberalen zu verteidigenden Mandaten nahezu die Hälfte bereits früher in anderen, in Aristokraten, freimüthigen oder konservativen Händen besunden hatte, mithin dieselben für die letzten Inhaber als durchaus unsicher betrachtet werden müssen. Wesentlich günstiger darsien sich die Wahl-aussichten für das Centrum gestalten, dessen zur Reinvahl stehende Siege fast durchweg zum letzten Westend der Partei gehören. Diese wird deshalb in der Lage sein, in einer Anzahl weiterer, für sie besonders günstiger Kreise die agitatorischen Kräfte zu einem energischen Angriff auf die schwächsten Positionen der National-liberalen zu lenken, während ihre Minoritäten in den übrigen Bezirken, der kürzlich offiziell ausgegebenen Wahlparole folgend, zur Unterstützung der anderen Oppositionsparteien gegen die National-liberalen in Aktion treten dürften. Von den Parteien der demokratischen Linken rechnen freimüthige und Sozial-parteiliche auf die Erhaltung ihrer Mandate, allem Anschein nach jedoch ohne Hoffnung auf wesentliche Verstärkung, während die Sozialdemokratie mit den besten Aussichten in den Kampf zieht. Die beiden von ihr zu verteidigenden Mannheimer Mandate gehören, wenn man überhaupt von solchen sprechen kann, zu den „bombensicheren“ Positionen der Partei, auf die einen empfindlichen Angriff zu wagen den dabei allein in Betracht kommenden Gegnern, den National-liberalen, nach den geradezu vernichtenden Niederlagen der Jahre 1896 und 1897 der Mut umso mehr fehlen dürfte, als die Industrie- und Handelskammer aus der Redaktions-mündung seit der letzten Wahlkämpfe sich einige Worte einberückt

hat, deren zahlreiche Arbeiterbevölkerung den Massenaufruf der sozialistischen Wähler noch erheblich verstärken wird. Ist also auf der einen Seite jede Gefahr eines Verlustes für unsere Kammeraktion absolut ausgeschlossen, so rechnen wir auf der anderen mit der Möglichkeit neuer Erfolge. Die Bezirke Durlach-Stadt und Forzheim-Stadt konnten schon bei den letzten Wahlen der Jahre 1893 bezw. 1897 von den National-Liberalen nur mit der größten Ausreizung gegen den sozialistischen Aufsturm gehalten werden und dürften diesmal, wenn nicht alle Zeichen trügen, zur Kapitulation gezwungen werden. Ebenso bietet der Kreis Karlsruhe-Land, wo die sich immer mehr ausbreitende Industrie der Metall- und ihrer Umgebung die bisher vorwiegend bäuerliche Bevölkerung in zunehmendem Maße mit gewerblich-proletarischen Elementen durchsetzt, wie auch der Bezirk Rannheim-Land-Weinheim unserer Partei durchaus günstige Angriffspunkte.

Die unumgängliche Signatur der Wahlergebnisse des kommenden Oktober dürfte demnach sein: eine abermalige Schwächung des National-Liberalismus, der Regierungspartei sans phrase, und eine dementsprechende Verstärkung des Centrums und der Sozialdemokratie. Ob diese voraussetzlichen Verschiebungen im parlamentarischen Bestände der Parteien hinreichend sein werden, um der Opposition die in Verfassungsfragen erforderliche Zweidrittelmehrheit zu sichern und dadurch der Bewegung zu Gunsten des direkten Landtags-Wahlrechtes, allerdings ohne die farnosen national-liberalen „Kautelen“, in der zweiten Kammer zu einem praktischen Erfolge zu verhelfen, das bleibt freilich abzuwarten.

Vom Frieden auf Samoa.

Die von den drei Mächten England, Amerika und Deutschland gebildete Samoa-Kommission hat ihre Arbeiten so ziemlich beendet und wird nächstens an die Rückreise denken. Daß sie das Königtum abgegriffen hat, haben wir bereits berichtet. Neben den Fortschritten in der Verabreichung der Inseln wird dem „Reuter'schen Bureau“ aus Apia vom 28. v. M. gemeldet: Es sind jetzt 3500 Gewehre, die unter die Matafao-Leute verteilen nicht mitgerechnet, eingeliefert worden. Die Matafao-Hauptlinge und die Matafao-Hauptlinge hatten an Bord des amerikanischen Kreuzers „Caldwell“ in Gegenwart des deutschen, des englischen und des amerikanischen Kommissars eine Zusammenkunft, in deren Verlaufe sie sich die Hände reichten und Frieden schlossen. Zwischen Matafao und Matafao ist ebenfalls eine Zusammenkunft vereinbart, welcher die drei Kommissare beizubohnen werden. Der Friede ist gesichert, beide Teile sind friedlich in ihre Dörfer zurückgekehrt und warten jetzt die Aktion der drei Mächte ab. Die Kommissare bereisen die Inseln, erklären den Eingeborenen ihre Beschlüsse und verzeihen dieselben. Dr. Solf läßt das Amt des Präsidenten der Municipalität aus und sieht in gutem Einvernehmen mit den Eingeborenen.

Weiter wird über die Pläne der Kommission berichtet, daß sie für Ernennung eines Administrators eintrete, welcher nicht Unterthan einer der drei Mächte sein solle. Demselben soll ein aus Vertretern der drei Mächte gebildeter Rat zur Seite stehen. Die Kommission beabsichtigt ferner den Plan, den Oberhäuptlingen eine ausgedehnte Vollmacht in den ihnen unterstellten Distrikten zu geben und einen aus Eingeborenen bestehenden Rat zu bilden, in welchem die einzelnen Bezirke vertreten seien und welcher in Apia tagen solle. Dieser Rat solle das Recht haben, Beschlüsse anzunehmen und Vorschläge in Angelegenheiten, welche lediglich die Interessen der Eingeborenen betreffen, zu machen.

Ausland.

Ostreich-Ungarn.

Neue Arbeiter-Demonstrationen in Wien. Für die verächtlichen Anmerkungen, die Bürgermeister Lueger und Vicebürgermeister Strobach über die Wiener Arbeiter gethan haben, wollen sich diese eine eigenartige Gemüthsreinigung verschaffen. Lueger hatte die Arbeiter belammlich wiederholt als nichtsnutzige Daben, und Strobach hatte sie als elendes Diebesgesindel bezeichnet. Die „Arbeiter-Zeitung“ fordert nun die Arbeiter Wiens für Donnerstagsabend zwischen sieben und acht Uhr zu einem Aufzuge und einer Parade auf der Ringstraße zwischen dem Räumhnering und dem Parkring auf, wo sonst gewöhnlich ein Korso der eleganten Welt stattfindet. Dort sollen die Arbeiter im Arbeitskleid, wie sie aus der Fabrik oder Werkstatt kommen, spazieren gehen und dadurch gegen Lueger und Strobach demonstrieren. Sowohl Männer wie Frauen sollen an der Kundgebung teilnehmen. Am nächsten Montag sollen zwanzig Arbeiterversammlungen in allen Bezirken stattfinden, um Lueger und Strobach die gebührende Antwort zu geben.

Schweiz.

Jürich, 2. Juli. (Eig. Ber.) In einer neuerlichen Erklärung in Sachen der jüngsten zwangsweisen Abschiebung italienischer Anarchisten anerkennt Genosse Creulich die Richtigkeit der amtlichen Darstellung des Falles und führt die davon abweichende Schilderung der Vorgänge durch seine Gewährsmänner darauf zurück, daß es sich dabei um andere Personen gehandelt haben müsse, also eine Verwechslung vorliege. Die Arbeiter- und sozialistenfeindliche Presse betreibt nun unter geschäftiger Aufsicht einiger offizieller Presseorgane in Bern eine gemeine und abscheuliche Hetze gegen Genosse Creulich um ihn von dem Posten des Arbeiterssekretärs wegzubringen. Diese menschenfreundliche Absicht werden aber die Berner Schweinbrüder nicht erreichen.

Jürich, 2. Juli. (Eig. Ber.) Die Unterschriften-Sammlung für die Doppelinitiative hat leider nicht das Resultat geliefert, das man erhoffte. 100 000 Unterschriften wurden fast als Minimum bezeichnet, was an Unterschriften aufgebracht werden wird und nun sind die nötigen 50 000 Unterschriften für die Initiative, betreffend die Volkswahl des Bundesrates nur um 1095 überschritten. Das ist ein sehr bescheidenes Ergebnis und wohl darauf zurückzuführen, daß die „nutigen“ Demokraten gedrohen wie Lauchmesser zusammenklappten, als der Jupiter Forrer, der allmächtige Führer der radikalen Partei, dummete, es sei Hochverrat, die Initiativebewegung zu unterstützen. Diese Bemerkungen gelten auch gegenüber der Unterschriftenzahl für die Proporz-Initiative, obwohl diese noch um 10 495 höher ist als jene. Sehr wahrscheinlich haben die Konservativen mehr Unterschriften gegeben als die Demokraten, aber im allgemeinen haben die Schweizerischen Sozialdemokraten wiederum wie 1894 bei der Kronenpflegs-Initiative die Erfahrung gemacht, daß sie sich auf bürgerliche Verbündete gar nicht, sondern nur auf die eigene Kraft verlassen können. Diese Auffassung wird auch dadurch als richtig bestätigt, daß unsere Genossen im Jahre 1893 für die rein sozialdemokratische Initiative das Recht auf Arbeit 52 867 Unterschriften aufbrachten. Genosse Wulligler, der ruhige und geschickte Leiter der Initiativebewegung, veröffentlicht in der Parteipresse auf Grund der ihm von Unterschriften-Sammlern zugegangenen Zuschriften „Stimmungsbilder“, in denen er u. a. aus einem Briefe folgende Meinung wiedergibt: „Viele Anhänger der Initiative weigerten sich aus Kleinmut, zu unterzeichnen. . . . Bei uns ist ein wahrer Sumpf von politischer Stagnation. Sodann wird in anderen Zuschriften der Terrorismus der Gemeindeväter als Ursache der geringen Unterschriftenzahl angeführt, da viele aus Furcht vor denselben ihre Unterschrift nicht zu geben wagten! Dagegen werden sie bei der folgenden Volksabstimmung doppelt stimmen. Wulligler selbst sagt sehr richtig, mindestens 20 000 Unterschriften wären aufgebracht worden, wenn nur die Grünländer und Sozialdemokraten ihre Pflicht erfüllt hätten. In der gegenwärtigen Periode hochgradiger Verwirrung und Ratlosigkeit in den maßgebenden politischen Kreisen der Eidgenossenschaft wäre eine solche Kundgebung von größtem Werte gewesen. Dank der Trägheit, Feigheit, vielleicht

auch der Superfluität mancher Socialdemokraten ist wiederum — wie oft schon — eine löbliche Gelegenheit zu einer großen politischen That verpaßt worden. Was bei der Unterschriften-Sammlung verjährt worden ist, sollte nun auf die Volksabstimmung hin durch die intensive Agitation auf der ganzen Linie, soweit es noch irgend möglich ist, gut gemacht werden. Wir werden einen ungewöhnlich heißen Kampf zu bestehen haben!“

Der Regierungspräsident Wimmer des Kantons Glarus, der auch Mitglied des Nationalrats ist, veröffentlicht in den „Glarner Nachrichten“ die Mitteilung, daß man in Bern von dem Zustandekommen der nötigen Unterschriften unliebsam berichtet sei und die Absicht habe, die Volksabstimmung über die Doppelinitiative unter allen Umständen aus tatsächlichen Gründen soweit als möglich hinauszuschieben. Vielleicht findet die Opposition Mittel, um diese Verschiebungstaktik zu durchkreuzen.

Frankreich.

Die französische Kammer ist, wie wir gestern bereits meldeten, bis zum Herbst vertagt und die neue Regierung hat jetzt freie Hand, ungehindert durch parlamentarische Zwischenfälle, die Liquidation der „Affaire“ durchzuführen. Die gestrige Abstimmung hat gezeigt, daß die für das Ministerium stimmende Mehrheit gewachsen ist. Für die Dauer der Vertagung sehen die mit der Kabinetsbildung unzufriedenen Radikalsocialisten einen **Dauerausbruch** ein.

Erklärung Vailants gegen das Ministerium Waldeck-Rousseau-Gallies. Genosse Vailant, der sich, gleich der Guesdisten- und Allemanisten-Gruppe, mit seinen alt-blanquistischen Kollegen gegen das neue Ministerium ausgesprochen hat, gab am Schluß seiner Rede in der Sitzung, in welcher das neue Ministerium sich vorgestellt hatte, folgende Erklärung ab:

„Anderm ich die dargelegten Gründe zusammenfasse, gebe ich hiermit im Namen meiner Freunde von der sozialistisch-revolutionären Gruppe: Allard, Breton, Chautiere, Coutant, Dejeante, Gronfier, Laffolle, Letang, Poulain, Renau, Sembat, Vailant, Walter folgende Erklärung ab:

Wir hätten einem Ministerium keine Hindernisse bereitet, welches, so feindlich es uns sein mochte, den Willen und die Kraft gehabt hat, den verbrecherischen Zettlungen des Militarismus ein Ende zu machen.

Aber — und die Erklärungen des Ministeriums ändern nichts an den Thatlagen — wir haben uns einem Ministerium gegenüber, das in der Person Gallies die Inkarnation des Militarismus enthält.

Socialisten und Männer der Kommune, können wir unmöglich für ein Ministerium stimmen, das durch die Person Gallies das Ministerium der Riebermelgelung der Arbeiter von Paris und der Kommune von 1871 ist.“

Die Guesdisten und Allemanisten haben dieser Erklärung sich angeschlossen und haben sich mit den ehemaligen Blanquisten verbündet.

Spanien.

In Spanien herrscht immer noch lebhafteste Aufregung. Am Dienstagabend zerrimmerte in Barcelona eine Anzahl halbwildfischer Burschen die Fensterheiben der Kirche Santa Matrona und der Feintentehule. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Gendarmerie trieb die Menge auseinander. Drei Polizisten wurden verwundet. Wegen der herrschenden Panik blieben die Theater geschlossen. Im Laufe des späteren Abends wurde die Ruhe wieder hergestellt.

In den Regierungskreisen herrscht über die Unruhen, die sich trotz der abwidlichen Erklärungen der Regierung nicht legen wollen, um so größere Bestürzung, als man bei allen diesen Agitationen die Hand des Anarchismus im Spiele glaubt. Gleich nach den ersten Tumulten in Madrid und Saragossa ließ sich Herr Silvela vernehmen, nötigenfalls werde er über ganz Spanien den Belagerungszustand verhängen; jetzt wird diese Drohung wiederholt, wie sich aus nachstehender Meldung ergibt:

Madrid, 5. Juli. Der Minister des Innern hat erklärt, wenn die Unordnungen nicht bald aufhören, werde die Regierung genötigt sein, die verfassungsmäßigen Bürgerrechte aufzuheben; in diesem Falle müßten die Cortes geschlossen werden. Diese Nachricht wirkt höchst verstimmend auf die öffentliche Meinung.

Ueber einen Geheimbund in Südspanien wird eine sehr geheimnisvolle Geschichte aus Madrid berichtet: „Durch die Verwaltungsbekörden in Cadix ist festgestellt, daß sich der italienische Anarchist Malatesta zwei Monate lang in Andalusien aufgehalten und unter der dortigen Arbeiterbevölkerung der Ketten Städte und des flachen Landes einen Geheimbund „Mano Negra“ („Die schwarze Hand“) herbeigeführt hat. Die Hauptstelle des Bundes, der bereits gegen 40 000 Mitglieder zählen soll, sind Jerez, Sanlucar und Trebujena; es gelang jedoch noch nicht, die Leiter des Geheimbundes ausfindig zu machen.“

Wie es scheint: äppig blühende Spiegelfantasie! —

Griechenland.

Kriemische Einwanderung nach Kreta. Aus Athen wird gemeldet: Der Vorschlag Anklagens, 50 000 kretische Kriemier nach Kreta zu bringen, hat sowohl bei den kretischen Griechen, als auch in Griechenland große Erregung hervorgerufen, da man in einer derartigen Einwanderung eine schwere Verletzung der heftigsten Charakter der Insel erblickt. Auch würden die mittellose Kriemier die wirtschaftliche Lage der Insel noch verschlechtern.

Afrika.

Pretoria, 4. Juli. Merorten in Transvaal sind Volksversammlungen abgehalten worden, in denen Vorschläge bezüglich des Stimmrechts erörtert wurden. Ueberall wurde der Wunsch ausgesprochen, die Unabhängigkeit Transvaals gewahrt zu werden; dem Orangefreistaat wurde gebittet für seine Sympathie und die Hilfe, die er angeboten habe. Man betrachtet eine friedliche Lösung für sehr wahrscheinlich.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

An die Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins!

Seit September vorigen Jahres, dem Beginn der Thätigkeit der öffentlichen Schuldentilgungs-Kommission, sind 2200 Mark aufgebracht und zurückgezahlt worden. Obgleich wir wissen, daß Ihr im Laufe dieser Zeit sowohl anlässlich der Soltau- sowie anderer Sammlungen Euer Scherlein gegeben habt, hoffen wir doch, eine weit größere Summe bis jetzt zurückzahlen zu können, dem sobald jeder Kollege eine Karte voll Markten geliebt, wären wir unsere Schuld losgewesen. Ganz besonders geht deshalb an die Verfallten, wo bis jetzt noch kein Kollege Karten und Marken abgeben, der Hinweis, endlich mit dieser Saumseligkeit zu brechen; jeder Kollege muß seine Karte vollständig haben, das ist Ehrenpflicht jedes einzelnen. In nächster Zeit wird wieder eine Abstempelung der Karten vorgenommen werden; sorgt dafür, daß alsdann berichtet werden kann, daß jeder seine Pflicht erfüllt hat. Karten und Marken sind jeden Sonnabendabend in den Lokalen von Grundmann, Rammstr. 78, und Jubel, Lindenstr. 108, zu haben.

Deutsches Reich.

Die Brandenburger Töpfer (Osenfelder) befinden sich bereits seit drei Wochen im Ausstand. Die Situation für die Streikenden ist eine günstige. Den Unternehmern gelang es bisher nur, zwei Arbeitswillige heranzuziehen, und zwar aus Berlin, welche die Arbeit aufnahmen, trotzdem ihnen von der Lage der Dinge Mitteilung gemacht worden war; die Betroffenen haben ferner die Absicht geäußert, aus ihrem Berliner Bekanntenkreis noch mehr Kollegen nach Brandenburg zu rufen. Daß sie dies auch ausführen werden, scheint sicher, weshalb die Streikenden in

Brandenburg ihre Berliner Kollegen ersuchen, unter allen Umständen den Zugang fernzuhalten.

In Osterwieck a. S. ist ein Streik der Ledersärber zum Ausdruck gekommen. Die Arbeiter der Firma Gebr. Schulze hatten die Abschaffung der Accordarbeit gefordert, weil sie durch die schlechten Einrichtungen (langes Warten bei Vergebung der Arbeiten etc.) nicht in der Lage waren, einen ausreichenden Lohn zu verdienen. Die Forderung (18 Mk. Wochenlohn) wurde scharf abgewiesen, worauf die Arbeiter ihre Thätigkeit einstellten. Die Firma verurteilte ihre Hesse bei anderen Fabrikanten herstellen zu lassen. Die Arbeiter dieser Fabriken erklärten sich jedoch mit denen von Gebr. Schulze solidarisch und traten ebenfalls in den Ausstand. Ein anderer Fabrikant, der schon vor einiger Zeit den Wochenlohn von 18 Mk. bewilligt hatte, zog dies nun auch wieder zurück, worauf auch dessen Arbeiter in den Streik traten. Der Kampf wird, so hoffen die Streikenden, voranschreiten ein kurzer und siegreicher sein; sie appellieren an die Solidarität der deutschen Arbeiter. Briefe und Geldsendungen sind zu richten an das dortige Gewerkschaftsamt, an die Adresse Adolf Seeger, Sonnenlee 18.

Sämtliche Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Schmiedegesellen Magdeburgs sind in eine Lohnbewegung eingetreten, nachdem ihnen die gestellten Forderungen seitens der Meister abgelehnt worden sind. Wie der Magdeburger Zeitung berichtet wird, wollen die Meister namentlich den Arbeitsnachweis der Gewerkschaften nicht anerkennen.

Der Streik der Maurer in Halle a. S. ist allgemein. In die Streikisten haben sich bis Dienstagmorgen ca. 600 Mann eingeschrieben lassen, von diesen sind etwa 200 bereits abgereist. Auch die Bau- und Erdarbeiter sind auf der ganzen Linie in den Ausstand getreten. Gemeldet haben sich bis jetzt 200 Mann. Die Haltung der Streikenden ist vorzüglich. Den Stundenlohn von 40 Pf. haben etwa 15 Firmen bereits bewilligt. — Wie das halle'sche „Volksblatt“ mitteilt hat ein Unternehmer auf dem Lande rotamant das Verlangen gestellt, daß die Strafen in Trotha mit Genüssen besetzt werden möchten; der Herr soll aber zunächst einen Korb bekommen haben. Die Meister verdrängen das Verlangen, daß zur Vervollendung der Kaminenbauten Militär requiriert werden soll.

Zum Zimmererstreik in Frankfurt a. M. Die Einigungs-verhandlungen, die zwischen dem Ausschuss vom Verbandsbau-gewerkschaftlicher Unternehmer in Frankfurt und der Lohnkommission der dortigen Zimmerer stattgefunden, haben zu keinem Resultate geführt. Die Unternehmer wollten einen Minimallohn von 45 Pf. bewilligen, während die Gesellen einen solchen von 50 Pf. fordern. Der Streik geht also weiter; 22 Unternehmer mit 150 Gesellen haben bereits bewilligt. — Einen einseitigen Streikpunkt zum Streik nimmt die städtische Verwaltung ein. Der Inhaber des Bau-geschäftes von Hanke ist wegen des Zimmererstreiks nicht in der Lage, die für kurze Zeit errichteten Holzständer für die Regatta am Deutschherren-Quai abbrechen zu lassen. Auf eine Eingabe bei der zuständigen städtischen Behörde (Gewerbe- und Verkehrsamts), die Bauten bis zur Beendigung des Ausstandes stehen lassen zu dürfen, wurde in zustimmendem Sinne beschieden.

Zum Leipziger Hornereistreik. Aus Dautzen wird gemeldet, daß dort die Hornere der Eisenlehre vorm. Göze u. Schulze entlassen wurden, weil sie sich weigerten, für Leipzig Arbeit anzufertigen. Versuche zur gütlichen Einigung sind mißlungen. Es wird deshalb ersucht, den Zugang von Hornern nach Dautzen fernzuhalten.

Der Ausstand in den Lochmannschen Musikwerken in Leipzig ist beendet. Die Direktion der Fabrik hat den Arbeitern anscheinend schriftlich anerkannt. Er tritt bei entscheidenden Differenzen als Vermittler in Thätigkeit, außerdem liegt ihm die Verwaltung der Kantine und der Strafkasse ob. Der Werkmeister Reimer ist definitiv entlassen worden. Die Ausständigen beschloßen mit 50 gegen 25 Stimmen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Schutz des Arbeitswilligen. Der Dresdener Maurerstreik hat bereits das erste Opfer gefordert. Der Maurer Wegig wurde vom Gericht wegen versuchter Rädigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Gleich zu Beginn des Streiks hat W. u. a. auch zwei Maurer am Schulhausneubau bewegen wollen, sich an Streik zu beteiligen und in die Streikliste einzutragen. Da soll er nun infolgedessen etwas ungeschickt gewesen sein, als er gesagt haben soll: „Wenn Ihr weiter arbeitet, schlage ich Euch die Knochen entzwei.“ Diese dumme Bemerkung hatte natürlich, wenn sie gefallen ist, nicht den geringsten ernstlichen Hintergrund, sondern ist nur der Aus-sich natürlicher Grobheit. Deshalb zwei Monate Gefängnis! Ein Unternehmer, der einen Arbeiter schlug, bekam vorige Woche bedingte 10 Mark Geldstrafe.

Ausland.

Frankzösische Streiks im Mai. Das Arbeitsamt verzeichnet 57 Streiks mit 16 093 Teilnehmern, darunter 9200 im Streik der Metallarbeiter von Kreuzot. Im Mai des Vorjahres zählte man nur 29 Streiks mit 1591 Teilnehmern. Die durchschnittliche der Mai-Streiks in den letzten fünf Jahren beträgt 44. — Von den 57 Konflikten haben sich 13 mehr als auf einen Betrieb erstreckt. Ursachen der Streiks: 85 Lohn-Angriffsstreiks und nur 2 Lohn-Abwehrstreiks. Von anderen Hauptforderungen ist die ungewöhnlich hohe Zahl von 10 Kämpfen um Verkürzung der Arbeitszeit bemerkenswert, ferner 18 Konflikte wegen Personalfragen, unter denen ebenfalls Angriffsforderungen überwiegen. Ausgang von 47 im Mai und 5 vorher begonnenen Streiks: 11 Erfolge, 20 Ausgleiche und 21 Mißerfolge.

Sociales.

Volkschulskurse. Unter dem Vorhabe des Oberbürgermeisters Bed trat in Mannheim eine Konferenz von Vertretern der Mannheimer Arbeiterorganisationen zusammen, um über die Einführung von Volkschulskursen zu beraten. Es nahmen an ihr u. a. teil die Socialdemokraten Dreesebach, Trautwein und Kayenstein. Man kam zu dem Beschlusse, Kayenstein die Vorarbeiten zur Organisation der Kurse zu übertragen, deren Ausführung einem gewählten Komitee übertragen werden soll. Wegen ein geringes Entgelt sollen von Dozenten der Heidelberger Universität populäre Vorträge aus allen Gebieten der Wissenschaft gehalten werden.

Ueber kaufmännische Schiedsgerichte verhandelte der Verband kaufmännischer Vereine von Rheinland und Westfalen auf seinem in Gelsenkirchen abgehaltenen Verbandstage. Derselbe gelangte zu dem Beschlusse, daß die in Aussicht genommenen Schiedsgerichte zur Schlichtung kaufmännischer Streitfragen ihren Zweck nur zu erfüllen vermöchten, wenn sie nach Art der Gewerbegerichte selbständig und unabhängig von den Amtsgerichten in Wirklichkeit träten. Der Verbandtag beschloß, diesen Standpunkt in einer Wiederholung der im vorigen Jahre an das Reichs-Justizamt gerichteten Eingabe nochmals zum Ausdruck zu bringen. Ferner sprach sich der Verbandtag für den Fortbildungsschulzwang für kaufmännische Lehrlinge und für die Legung des Unterrichts in kaufmännischen Fortbildungsschulen in die Tagesstunden aus.

Verunglückungen deutscher Seeschiffe im Jahre 1896. Nach den Angaben des kaiserlichen Statistischen Amtes sind im Jahre 1896 insgesamt 84 (75 Segel- und 9 Dampfschiffe) registrierte Schiffe verunglückt, gegen 104, 126, 122 und 155 in den Vorjahren. Von der Schiffsbesatzung sind dabei 178 Personen ums Leben gekommen, 98 auf Segel-, 80 auf Dampfschiffen, während von den Passagieren 214 ihr Leben einbüßten. — Die Arten der Verunglückungen waren die folgenden: Gestrandet sind 30 Segel- und 7 Dampfschiffe; gekentert 2 Segelschiffe; gesunken 8 Segelschiffe, 1 Dampfschiff; kollidiert haben 2 Segelschiffe; infolge schwerer Beschädigungen von der Besatzung verlassen 5 Segelschiffe. Der größte Verlust an Menschenleben entfällt im Jahre 1896 auf die gestrandeten

Schiffe: von 640 an Bord derselben gewesenen Personen (420 Mann Besatzung und 220 Passagieren) verloren 205 (81 von der Mannschaft, 124 von den Passagieren, oder 46,1 Proz. bezw. 75,3 Proz. aller Umgekommenen) ihr Leben. Der außergewöhnlich hohe Verlust besonders an Passagieren ist auf den Untergang des Dampfers „Sailer“ zurückzuführen, welcher am 8. Dezember 1896 an der Westküste von Spanien strandete und zertrümmert wurde, wobei sämtliche an Bord befindliche Personen (96 Mann Besatzung und 214 Passagiere) ihren Tod fanden.

Sociale Rechtsysteme.

Unzuständigkeit des Gewerbegerichts bei Schadenersatzklagen. Ein Metallarbeiter klagte gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber beim Gewerbegericht mit dem Antrage, ihm das Geld wieder zuzusprechen, das er dem Besagten auf Grund eines rechtsgültigen Vertrages zum Erlasse eines Schadens gezahlt hatte. Der Kläger machte geltend, er habe die Summe zu Unrecht gezahlt, weil er der irrthümlichen Meinung gewesen sei, er wäre schuld an dem Mißraten der betreffenden Arbeit. Der Gerichtshof erklärte jedoch, auf die Klage nicht eingehen zu können, weil für sie das Gewerbegericht nicht zuständig sei. Es handele sich weder um rückständigen Lohn, noch um eine Entschädigung aus dem Arbeitsverhältnis. Der Kläger zog darauf die Klage wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts zurück, um sie beim Amtsgericht anzubringen.

75 M. für ein Mißverständnis. Von dem Hotelier Schider, dem Besitzer des Haddburger Hofes, verlangte der Portier H. eine Lohnschädigung von 150 M. H. war sechs Jahre bei Schider in Stellung. Er begründete seinen Anspruch in der beim Gewerbegericht anhängig gemachten Klage damit, daß er drei Wochen vor Ablauf seiner Kündigungsfrist entlassen worden sei. Der Besagte erklärte dagegen die Entlassung des Klägers für berechtigt. Es ist ihm nämlich von einem Hausdiener erzählt worden, H. habe nach seiner Kündigung gesagt, so lange er noch bei Schider sei, werde er ihm jeden Tag 100 M. Schaden machen. Der Kläger protestierte gegen diese Behauptung des Hausdieners und es gelang ihm auch, vor der Kammer VI durch Zeugen den Beweis zu erbringen, daß er thatsächlich gekündigt habe: Wenn ich nicht mehr hier bin, wird der Chef jeden Tag 100 M. Schaden haben. Hiermit hat H. nur seine Bedeutung für das Geschäft hervorheben wollen. Bei der eigentlichen Sachlage zeigten sich die Parteien einem Verleiche geneigt. Kläger erhielt 75 M.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hörte am Dienstag im Wedding-Kaffeehaus einen Vortrag des Genossen Wagner über „Klerikale Ehrengerichte“. Der Referent wendete sich besonders gegen die beabsichtigte Sonderstellung der Ärzte. Die häufigen schändlichen Verurtheilungen, die in Armeelazareten vor sich gegangen seien, gäben keine Veranlassung, durch ein Gesetz, das sich vor allem gegen die Natur-Heilmittel wende, den Ärzten eine sichere Lebenshaltung zu gewähren. In der äußerst lebhaften Diskussion erklärte ein angehender Arzt, die Ehrengerichte seien den Ärzten aufgezwungen worden. Wenn Jedem aller Ärzte, die sich zum Gesetz geäußert hätten, sich gegen dasselbe ausgesprochen. Wagner erwiderte, daß auf Wunsch der Ärzte überhaupt die Kurierfreiheit hätte beseitigt werden sollen. Das wurde aber nicht gewährt, sondern nur die Ehrengerichte als Entschädigung gegeben. Allerdings hätten sich die Ärzte gegen diese ausgesprochen, weil sie selbst von diesen bestraft werden könnten. In übrigen könne man eine durchgreifende Umänderung der sozialen Verhältnisse die Krankheiten eindämmen. Aber die Ärzte ließen sich immer erst vom Volke drängen, so auch in der leidigen Schulartzfrage, die eine alte demokratische Forderung darstelle. In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern betont, daß eine entscheidende Besserung in der Gesundheitspflege nur von der sozialen Entwicklung zu erwarten sei, daß also der politische und gewerkschaftliche Kampf mit allen Mitteln geführt werden müsse.

Der Berliner Arbeitervertreter-Verein erörterte in seiner am Dienstag abgehaltenen Versammlung die Frage der Centralisation der deutschen Arbeitervertreter-Vereine. In der Diskussion wurde ein Zusammenwirken möglichst aller Arbeitervertreter Deutschlands in bestimmten Fällen, so bei Abendung von Petitionen u. dergl., für durchaus wünschenswert erklärt. Da aber für diese Vereine das Verbindungsverbot trotz des bekannten Versprechens des Reichslandtags immer noch zu Recht besteht, so soll das Zusammenwirken der Arbeitervertreter Deutschlands durch Vertrauensleute in die Wege geleitet und diese Vertrauenspersonen in öffentlichen Versammlungen gewählt werden.

Hierauf berichtete **Sinnowski** über den Besuch der städtischen Heimstätte für Genesende in Heinersdorf. Von Insassen dieser Anstalt seien in letzter Zeit mehrfach Beschwerden, namentlich über das Essen, laut geworden. Erst kürzlich hätten sich 38 Patienten wegen des Essens zunächst bei der leitenden Oberärztin, dann schriftlich beim Kuratorium der Anstalt beschwert. Eine Antwort auf das am 21. Juni abgegangene Schreiben sei noch nicht erfolgt. Der Verein habe am Sonntag die Heimstätte in Heinersdorf besucht. Die Schlaf- und Aufenthaltsräume der Insassen hätten einen durchaus guten Eindruck gemacht, mit Ausnahme einiger Zimmer im Dachgeschoß. Die Milch, welche die Insassen der Heimstätte bekommen, werde von der Gutsverwaltung geliefert. Gegenwärtig herrsche nun unter den Kühen des Gutes die Maul- und Klauenseuche, die Oberärztin versichere aber, daß die gelieferte Milch gut sei, sie verlasse sich in dieser Hinsicht auf die Gutsverwaltung, welche die Milch durch einen Tierarzt untersuchen lasse. Die Beschwerden, welche dem Redner wegen des Essens bekannt geworden sind, habe er der Oberärztin vorgebracht, dieselbe habe aber alles als Klagen bezeichnet. Ein weiterer, auch von der Oberärztin anerkannter Uebelstand sei der, daß die Angehörigen, welche Sonntags die Insassen der Anstalt besuchen, nachdem sie von der Station Lichterfelde einen mehr als einstuündigen, beschwerlichen Weg zurückgelegt haben, weder Kaffee, noch sonst eine Erfrischung bekommen könnten, denn in der Anstalt werde ihnen das Kaffeeloch verweigert, und den Gutsarbeitern sei die Verabreichung von Erfrischungen verboten. Auch über scharfe Behandlung durch die Oberärztin werde geklagt. Redner und auch die anderen Teilnehmer des Besuchs hätten den Eindruck empfunden, daß die Oberärztin eine sehr leicht erregbare Person sei, die ein scharfes Wesen zur Schau trage, und sicher nicht die geeignete Person zur Leitung eines Heims für Genesende sei. An der Diskussion beteiligten sich auch drei Personen, die bis vor kurzem Insassen der Heimstätte waren. Aus den Ausführungen derselben ist folgendes hervorzuheben: Das Frühstücksei sei nur mangelhaft belegt gewesen, der Kelch habe wenig gewechselt und meistens aus Metallwerkzeugen bestanden. Seit in Heinersdorf die Maul- und Klauenseuche herrscht, habe die Milch manchmal nach Korbol geschmeckt. In einem Zimmer seien Wangen gewesen, die man durch Anwendung von Petroleum zu vertreiben gesucht habe, wodurch natürlich ein für die Patienten nicht zuträglicher Geruch verbreitet worden sei. Ein Patient habe vom Arzt den Antrag auf Verlängerung seines Aufenthalts in der Heimstätte erhalten, die Oberärztin habe aber der Verlängerung widersprochen, unter der Angabe, das Kuratorium sei dagegen, weil zahlreiche Formelnungen von neuen Patienten vorliegen. Die Oberärztin solle — wie ein Redner sagte — freis gegen die Aufenhaltsverlängerung solcher Patienten sein, denen sie aus irgend einem Grunde nicht wohl will. Das zweite Frühstück werde so knapp bemessen, daß manche Insassen nicht satt werden. Einige derselben seien deshalb einmal nach Mariendorf gegangen, um sich daselbst schwarze zu kaufen. Brot, welches des Abends übrig bleibt, werde des andern Morgens, wo es stark getrocknet sei, wieder verabreicht. Der im Park befindliche See verbreite zeitweise einen ablen Geruch. Früher hätten die Arbeiter des Gutes den die Patienten besuchenden Angehörigen Kaffee verabfolgt. Das

sei ihnen aber, ebenso wie der Verkehr mit den Anstaltsinsassen verboten worden, ansehend, weil die Gutsverwaltung befürchte, daß die Arbeiter durch solchen Verkehr socialdemokratisch infiziert werden. — Die Diskussionredner waren allgemein der Ansicht, daß eine Abänderung der gerügten Mißstände dringend notwendig sei und daß im anderen Falle die Anstalt keine Patienten mehr nach Heinersdorf schicken sollten. Die Central-Kommission der Krankenkassen wurde beauftragt, die Angelegenheit den Kassenvorständen zu unterbreiten und dann beim Kuratorium der Heimstätte vorstellig zu werden. — Hierauf wurden **Mude, Zimpel** und **Röhn** als Kassenvorstände gewählt.

Die Fliesenleger waren am Dienstag wieder versammelt, um den Bericht über den Verlauf der Lohnbewegung entgegen zu nehmen. Die **Guth** namens der Lohnkommission mitteilte, haben die Unternehmer sich bisher noch nicht bereit erklärt, die von den Fliesenlegern in einer früheren Versammlung aufgestellten und am 1. Juli vorgelegten Forderungen zu bewilligen. Es müsse erst in einer besonderen Versammlung der Unternehmer reichlich erwogen werden, ob die neuinständige Arbeitszeit, sowie der gleiche Lohnsatz für tüchtige und minder geübte Arbeiter z. ersüßbar seien, weshalb noch keine bestimmte Antwort erfolgen könne. In der hierauf folgenden Versprechung wurde das vermeintlich allzu laue Vorgehen der Lohnkommission von zwei Rednern bemängelt, von andern aber erwartet, daß die Kommission auch von den Fliesenlegern selber mehr unterrichtet werde. Dieses müsse insbesondere dadurch geschehen, daß man die günstige Konjunktur nicht erst verschreiben lasse und daß auf allen Arbeitsstätten sofort Bau- oder Plaz-Depulirte gewählt werden, um mit den Unternehmern zu unterhandeln und der Lohnkommission die erforderlichen Mitteilungen zu machen. An den aufgestellten Forderungen müsse unbedingt festgehalten werden, um dieselben unverzüglich den Unternehmern aufs Neue zur Bewilligung bis zu einem bestimmten Tage zu unterbreiten und bei eventueller Ablehnung die Arbeiter sofort einzustellen. Namentlich müsse darauf gedrungen werden, daß die größeren Firmen zunächst bewilligen, weil die übrigen ihre Zustimmung davon abhängig zu machen. Die Versammlung beschloß demgemäß, in einer am **Montag, 10. Juli**, einberufenen Versammlung sollen dann die Ergebnisse bekannt gemacht und weitere Beschlüsse gefaßt werden. Ein Antrag: den bisherigen täglichen Beitrag von 50 Pf. als Wochenbeitrag, bei nur dreitägiger Arbeitszeit 25 Pf. zu zahlen, gelangte ebenfalls zur Annahme. Die Unternehmern wird nachstehende Resolution unterbreitet: Im Auftrage der am 26. Juni d. J. stattgefundenen Versammlung der Fliesenleger Berlin und Umgegend unterbreite ich Ihnen die unterzeichnete Lohnkommission zur gefälligen Kenntnisnahme nachstehende Forderungen: „In Erwägung, daß die in der Fliesenbranche bestehenden Verhältnisse einer Zeit ihrer Krüppelung verfallen, die, weil durch die bisher geübte Praxis längst überholt, nicht mehr aufrecht erhalten werden können; desgleichen die Verkürzung der Arbeitszeit eine allgemeine, auch von den Unternehmern längst anerkannte Forderung ist und die fernere Innehaltung auch des nur formellen Jehnfundentages, in Rücksicht auf die bereits im gesamten Berliner Baugewerbe eingeführte neuinständige Arbeitszeit, ganz unbillbare Zustände zeitigte, verlangen die Fliesenleger Berlin und Umgegend. 1. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden, von morgens 7 bis 6 Uhr abends, Sonnabends ohne Beiper bis 5 Uhr, an Sonnabenden der Festtage Weihnachten, Ostern, Pfingsten, nachmittags bis 3 Uhr, bei voller Bezahlung des Tagelohnes. 2. Der Stundenlohn beträgt für gewöhnliche Tagesarbeit 70 Pf. pro Stunde. 3. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind unter allen Umständen zu vermeiden; und wenn solche unter ganz außergewöhnlichen Umständen notwendig, sind für Ueberstunden von 6 bis 9 Uhr abends 80 Pf. pro Stunde, für Nachtarbeit (9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens) 1 M. pro Stunde zu zahlen. Der Lohn muß thmlichst auf der Baustelle, nachmittags 5 Uhr, und wo nicht thmlich, im Komptoir am 1/2 Uhr des Sonnabends ausgezahlt werden. 4. Lohnabzüge bezw. Lohn-einbehaltungen sind entschieden zu vermeiden und der Lohn für geleistete Arbeitszeit stets voll auszuzahlen. 5. Für Arbeiten außerhalb der Ringbahnlinie, bezw. in den Vororten Berlins, ist die mehr erforderliche Zeit, mindestens aber eine Stunde extra zu vergüten; desgleichen sind sämtliche, auch innerhalb Berlin vorausgabten Fahrgelder zurück zu erlassen. 6. Samur, Schwamm, Pinsel zc. sind von dem Unternehmer zu liefern. 7. Bei auswärtigen Arbeiten sind mindestens 2,50 M. als Extravergütung, sowie Jahrgeld 3. Klasse zu zahlen.“

An Stelle **Menz** wurde **Keller** als Revisor ernannt. Ferner ersuchte der Vorsitzende, die Beschlässe des Braunschweiger Kongresses hoch zu halten und für kräftige Ausgestaltung der Organisation thätig zu sein, worauf die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf das Gedeihen der Bewegung geschlossen wurde.

Im Verband der Barbier, Zweigverein Berlin, sprach am 29. Juni der Kollege **Deißel** über „Arbeitsmethoden im Friseurgewerbe“. Redner schilderte in interessanter Weise die Entwicklung des Friseurgewerbes. Er bedauerte, daß die Arbeitsmethoden überhaupt keinen Schutz gegen Uebertragung von Hautkrankheiten bieten. Um eine bessere Bedienung herbeizuführen, hält Redner ebenfalls gesetzliche Bestimmungen für notwendig, wie dies in Budapest der Fall sei. Danach dürfen der Pinzel, Kubersquaste überhaupt nicht in Gebrauch genommen werden, ebenso ist das Schlafen in Laden verboten. Ueberhaupt ist sämtliches Handwerkzeug in Sodafösungen zu reinigen und zu desinfizieren. Wasche darf nur in reinem, ungebrauchtem Zustande benutzt werden. In der Diskussion wurden besonders die in Laden befindlichen Schlafstellen, welche fast allgemein blich sind, einer scharfen Kritik unterzogen und Klage darüber geführt, daß dieselben, trotz verschiedener unternommener Schritte, weiter bestehen dürfen. Nach Erlebigung verschiedener Verbandsangelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Die Zementierer und Berufsgenossen (Hafelstraße Berlin IV) hielten am 27. Juni eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der ein Antrag zur Gründung eines Streikfonds für die Maurer beraten wurde. **Rahn** erklärte sich besonders für die Unterstützung der Kopenhagener Maurer. Von anderer Seite wurde geltend gemacht, daß, nachdem der Streik der Berliner Maurer beigelegt sei, zunächst an die Unterstützung der eigenen Berufsgenossen zu denken, welche durch diesen Streik arbeitslos geworden seien. In der weiteren Diskussion, die sich sehr lebhaft gestaltete, wies **Rahn** darauf hin, daß die Organisation noch viel zu schwach wäre, um zu solchen Extratransferenzen beitragen zu können, er hob ferner hervor, daß die rückständigen Zahler möglichst bald ihrer Pflichten eingedenk sein möchten; der Indifferentismus gegenüber der Organisation müsse verschwinden. **Rahn** gab in Form eines Antrages der Ansicht Ausdruck, wegen Pohnmerhöhung vorzuschreiten. Die Rachlässigkeit zweier Kassenvorstände wurde stark gerügt, an ihre Stelle wurden **Schirmer** und **Göbel** gewählt. **Rahn** teilt noch mit, daß die Mitgliederversammlungen jeden Mittwoch nach dem 15. im Monat stattfinden, die nächste somit am 19. Juli bei **Wustke, Grenadierstraße 33**. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen **Schumann, Uferstraße 14a**, und beim Restaurateur **Löhrich, Pantstraße 32d**. (Hersprechungsamt II Nr. 1515.)

Im Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlin und Umgegend hielt am 2. Juli **Georg Wagner** einen Vortrag über: „Unternehmerverbände und Arbeiterorganisation“, in dessen Verlauf er unter anderem auch die Auspönerung der Berliner Maurer besprach. Er unterzog das Rundschreiben des Arbeitgeber-Bundes einer herben Kritik, indem er darauf hinwies, mit welchen unwahren Angaben das Unternehmertum es dort versuche, die Öffentlichkeit zu täuschen, und ermahnte die Anwesenden, ihre Organisation kräftiger als je zuvor auszubauen, um der jetzt sich gründenden Unternehmer-Organisation jederzeit gerüstet entgegenzutreten zu können; nur hierdurch kann die dem Unternehmertum abgezwungene Anerkennung der Organisation auf die Dauer aufrechterhalten werden. In der sehr regen Diskussion veruchten mehrere Redner, dem Referenten zu widerlegen, wurden von ihm jedoch in ruhiger Weise eines besseren belehrt.

Charlottenburg. Eine Versammlung des Textilarbeiter-Verbandes beschäftigte sich am Mittwoch mit der Arbeitseinstellung bei der Firma **Gebauer**. Hüblich geistete in scharfen Worten das unüberlegte Vorgehen der bei dieser Firma beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Gleichzeitig teilte Redner mit, daß der Fabrikant Gebauer bei den Verhandlungen selbst zugeben mußte, daß die von ihm gezahlten Löhne unzureichend seien; schuld hieran sei aber die schlechte Konkurrenz, wo noch weit niedrigere Löhne gezahlt würden. Falls die Organisation der Arbeiter im Stande wäre, in Schlesien eine Lohnbewegung zu inscenieren, sei er, Gebauer, bereit 1000 M. hierzu beizusteuern. Nach den eigenen Angaben des Fabrikanten verdienen die männlichen erwachsenen Arbeiter 25—27, die Arbeiterinnen 12—18 und die jugendlichen Arbeiter 10—14 Pf. pro Stunde. Den weiteren Ausführungen des Redners ist zu entnehmen, daß von ca. 300—350 bei der Firma Gebauer beschäftigten Textilarbeitern 186 die Arbeit niedergelegt haben, die Firma beschäftigt aber noch 160 Metallarbeiter, so daß im ganzen dort 450 bis 600 Personen beschäftigt würden. In der hierauf folgenden Debatte empfanden sämtliche Redner den Ausständigen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Gleichzeitig wurde die Wahl einer Kommission zur Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt empfohlen und hierzu **Wartisch, Hauer, Bled** und **Hil. Martha Doffler** ernannt. Alsdann gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heute tagende öffentliche Versammlung der Textilarbeiter der Firma Gebauer beschließt, das hiesige Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen und sich dessen Schiedsspruch zu fügen.“ Zum Schluß wurden **Wartisch** und **Hauer** als Delegierte zum Gewerkschafts-larstell gewählt.

Erker. Endlich ist es hier gelungen, für unsere Versammlungen zwei Säle zu erhalten und in einer Anzahl Restaurants hängt jetzt frei und offen — zum Brauen gewisser hiesiger Personen — unter Parteiflagel aus. Nach langer Zeit fand am Sonntag zum ersten Male eine öffentliche Volksversammlung in **Wrodt's Lokal** statt, die einen imposanten Verlauf nahm. Reichstags-Abgeordneter **Jubeil** sprach über: „Die Justizhausvorlage“. Seine packende Rede wurde oft von stürmischem Beifall unterbrochen, der sich am Schluß zu einem wahren Beifallssturm erhobte. Nach einer kurzen Diskussion, an der sich zwei hiesige Genossen beteiligten, wurde eine Protest-Resolution einstimmig angenommen. Alsdann wurde **Genosse Henze** zum Vertrauensmann gewählt und zwei andere Genossen zur Lokalkommission. Nach einer Aufforderung, sich etwas mehr an dem hiesigen Arbeiter-Bildungsverein zu beteiligen, schloß der Vorsitzende, **Genosse Werner**, die großartig verlaufene Versammlung mit einem beausendenden Hoch auf die Socialdemokratie. Aus der Mitte der Versammlung wurde dem Hauptredner des Tages ein Hoch ausgebracht, das stürmischst Wiederhall fand. Für uns war dieser Tag ein Siegestag; nun heißt es: mutig vorwärts!

Der Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend hielt am Sonntag in **Mariendorf** bei **Leutich** eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Rechtsanwalt **Kräntz** das Referat übernommen hatte. Er sprach über die schäntote Justizhausvorlage; der Referent forderte am Schluß seines Vortrages die Versammlung auf, nicht zu ruhen, sondern den Kampf gegen das Justizhausgesetz bis zum äußersten zu führen. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands. (Mitglied-Kassal Berlin.) Heute, abends 1/9 Uhr, bei **Schiller, Kolonnenstraße 67**: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Herrn **Dr. Weyl** über: „Welche Stellung nimmt die Gesundheitspflege gegenüber der englischen Tischzeit ein?“ Debatte und Einrichtung des Gesundheitshauses.

Centralverband der Konditoren. (Mitglied-Kassal Berlin.) Heute, abends präzis 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Gütlich willkommen. Tagesordnung: 1. Vortrag des **Gen. Sillier** über: „Die Taktik der Gesundheitspflege“. Diskussion. 2. Das ausgearbeitete Regulativ der Stellungsvermittlung-Kommission. — Der wichtigste Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Haag, 5. Juli. (W. T. D.) Die zweite Kommission versammelte sich heute zu einer Plenarsitzung und stimmte auf Antrag des Vertreters **Rumänien's**, **Gelantben** **Weldman**, dem Antrage des holländischen Vertreters, **Professors Dr. Affer**, bei, welcher den Wunsch zum Ausdruck bringt, daß der schweizerische Bundesrat die Initiative zu einer Revision der Genfer Konvention ergreifen möge. Der Bericht **Rolin's**, betreffend die Revision der Brüsseler Erklärung über die Kriegsgebräuche wurde angenommen und wird der Konferenz unterbreitet werden. **Craef Nigra** regte an, Artikel 25 möge auf das Bombardement durch Seestreitkräfte Anwendung finden. **Rolin** sprach über die Umstände, unter welchen die auf ein Bombardement durch Seestreitkräfte anwendbaren Regeln von denen abzuweichen müssen, welche ein Bombardement durch Landstreitkräfte betreffen. Nach der Besprechung drückte die Kommission den Wunsch aus, daß die Frage den Regierungen zu einer weiteren Prüfung überwiesen und auf das Programm einer späteren Konferenz gesetzt werde. Bei der Beratung von Artikel 46 der Brüsseler Akte, welcher das Privateigentum behandelt, wurde die Frage der Unterechtheit des Privateigentums zur See von den Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika aufgeworfen. Der russische Vertreter **v. Martens** gab in großen Zügen einen Auszug aus dem vom amerikanischen Vertreter **White** bezüglich dieser Frage an den Vorsitzenden der Konferenz gerichteten Schreiben und setzte auseinander, wie schwierig und umständlich es sein werde, zu einer Lösung zu gelangen, welche auf einstimmige Annahme rechnen könne. Er schloß deshalb vor, die Frage einer späteren Konferenz zu unterbreiten, wobei er nicht unterließ, die hochherzige Initiative der Regierung der Vereinigten Staaten lobend hervorzuheben. Der englische Vertreter **Pauncoote** sprach die Ansicht aus, daß die Frage nicht in den Rahmen der Konferenz gehöre. **White** vertrat die entgegengelegte Meinung. Er wünschte nicht, daß diese Angelegenheit wegen der Vorfrage ausgeklammelt werde, er halte sie vielmehr für sehr wichtig und beantrage, sie dem **Plenum** der Konferenz vorzulegen. Der holländische Vertreter **Rohusen** schloß sich den Ausführungen **Whites** an, der russische Vertreter **Scheine** bemerkte, die russische Regierung habe die von den Vereinigten Staaten aufgeworfene Frage nicht als eine solche angesehen, welche in den Rahmen der Konferenz hineingehöre. **White** erklärte sich mit einer von **Martens** vorgeschlagenen Resolution einverstanden, durch welche es für wünschenswert erklärt wird, daß die von den Vereinigten Staaten aufgeworfene Frage auf das Programm einer neuen Konferenz gesetzt werde. Diese Resolution wird einer Plenarsitzung der Konferenz zur Annahme vorgelegt werden. Eine Ausnahme derselben schießt aber durchaus nicht in sich, daß die gegenwärtige Konferenz in der Frage zuständig sein soll, und zwar um so weniger, als eine große Anzahl der Delegierten nicht in der Lage sind, sich zu derselben zu äußern. Die Vertreter von **Frankreich**, **England** und **Rußland** machten ihre Vorbehalte. Hierauf nahm die Kommission einen Antrag **Craef Nigra's** an, welcher dahin geht, die Frage der Festsetzung der Rechte und Pflichten der Neutralen auf das Programm einer neuen Konferenz zu legen.

Rom, 5. Juli. (W. T. D.) Das königliche Dekret wird am 20. d. M. in Kraft treten. Falls dasselbe ohne die Zustimmung des Parlaments promulgiert werden sollte, planen **Audini**, **Zanardelli** und **Giolitti** ein gemeinsames Vorgehen.

Florenz, 5. Juli. (W. T. D.) Das Schwurgericht sprach den Depulierten **Pescetti** frei, welcher der Teilnahme an den Aufständungen im Mai 1898 beschuldigt war.

Rio de Janeiro, 5. Juli. (W. T. D.) In dem Prozesse wegen der am 5. November 1897 erfolgten Ermordung des Kriegsministers **Vitencourt**, welche die Gerichte wiederholt beschäftigt hat, wurden heute der Kapitän **Deocleciano Martiz** und **Umbucio Pacheco** zu je 30 Jahren Gefängnis verurteilt.

Herrenhaus.

Sitzung vom 5. Juli.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen tritt das Haus in die einmalige Schlussberatung über den Antrag Grafen von Mirbach: „Das Herrenhaus spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die königliche Staatsregierung im Bundesrat für die Vorlage eines Gesetzes „Zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ an den Reichstag eingekommen ist. Das Herrenhaus erwartet, daß die königliche Staatsregierung an dem im vorgenannten Gesetzentwurf eingezeichneten Standpunkte unentwegt festhalten wird.“

(Am Ministertisch erscheint Minister Weisfeld.)

Dr. von Lebehov:

Meine Herren, was den vorliegenden Antrag veranlaßt hat, ist so bekannt, daß ich hierauf kaum einzugehen habe. Lange bevor der in dem Antrage näher bezeichnete, in der Thronrede bei Eröffnung des Reichstages verheißene Gesetzentwurf dem Reichstage zugeführt wurde, er im ganzen Lande besprochen, und noch ehe man seinen Inhalt und seine Bedeutung näher kannte, wurde er durch die Presse, durch einen Teil der Presse, namentlich der socialdemokratischen, im Publikum auf das äußerste angefeindet. Man verbreitete, er beabsichtige, schwere Strafen über den Arbeiter zu verhängen, er drohe Zuchthausstrafe an, was ihm auch die Bezeichnung „Zuchthausgesetz“ einbrachte, er beabsichtige die Koalitionsfreiheit zu beschränken, ja zu vernichten, und drohe, wie gesagt, in anormaler Weise Zuchthausstrafe an, wo davon gar nicht die Rede sein konnte. Was der Gesetzentwurf eigentlich will, nicht deutlich aus seinen beiden ersten Paragraphen hervor; sie lauten: (Wiedererlebe den bekannten Wortlaut und fährt dann fort): Sie werden aus diesen Paragraphen entnommen haben, daß darin kein Wort steht von der Beschränkung des Koalitionsrechts, auch nicht von einer Beschränkung des Rechts, unter Umständen einen Streik zu veranstalten (sehr wahr!). Es steht nur darin, daß nicht durch moralische oder rechtlich verwerfliche Mittel jemand zu zwingen werden dürfen, an einer Koalition sich zu beteiligen oder an einem Streik teilzunehmen. Das gilt ganz gleichmäßig für Arbeiter und Arbeitgeber. Es sollen die Arbeitgeber, wenn sie durch Verurteilungen und ähnliche Mittel einen Arbeitgeber veranlassen wollen, sich an ihren Koalitionen zu beteiligen, ebenso bestraft werden, wie die Arbeiter, wenn sie solches gegenüber ihren Kollegen thun. Es ist nur die Rede davon, einen Zwang, der moralisch und rechtlich verwerflich ist, zu verbieten. In diesem Sinne könnte man sagen, daß das Gesetz die Absicht hat, die persönliche Freiheit zu schützen (lebhaft Zustimmung), aber nicht, sie zu beeinträchtigen. (Wiederholte lebhaft Zustimmung). Von Zuchthausstrafe ist nur in dem § 8 die Rede. Ich nehme an, daß die Bestimmung hineingekommen ist aus Gründen, die ich hier nicht erörtern will. Ich meine aber, daß die Zuchthausstrafe in dem Gesetze sehr wohl entbehrlich wäre. Nun hat der Reichstag den Entwurf der ersten Lesung unterzogen, welche geschäftsmäßig sich auf eine Generaldiskussion beschränkte. Ich enthalte mich selbstverständlich jeder Kritik und will nur anführen, daß die in ähnlichen Fällen übliche und meiner Meinung nach in diesem Falle besonders angemessene Kommissionsberatung im Reichstage mit Rechtheit abgelehnt wurde gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teils der Nationalliberalen. Die Vorlage war aufs heftigste angegriffen worden. Zunächst von den Socialdemokraten, dann vom Fortschritt und vom Centrum. Auch der Redner der Nationalliberalen hat sich sehr bestimmt gegen die Vorlage erklärt. Es wird nun die Vorlage im Herbst zur zweiten Lesung kommen. Ob die Verweisung an eine Kommission, was zulässig, aber nicht üblich ist, dann noch beschlossen werden wird, oder ob die Vorlage a limine abgewiesen, oder durch Amendements wesentlich geändert werden wird, steht dahin; das kann niemand im voraus wissen.

Meines Erachtens ist die Ablehnung der Vorlage das Wahrscheinlichere. (Hört! hört!) Der hier vorliegende Antrag hat nur den Zweck, die königliche Staatsregierung in dem im Bundesrat vertretenen Vorhaben zu bestärken, auf dem beschrittenen Wege weiter zu verharren. Es wird aber von der Voraussetzung ausgegangen, besonders zu betonen, daß absolut von einer Beschränkung der Koalitionsfreiheit nicht die Rede ist. Die Paragraphen, welche ich Ihnen nicht vorgelesen habe, sind lediglich ausführender Natur, sie betreffen das Princip des Gesetzes in keiner Weise. Es könnte höchstens der Paragraph in Frage kommen, welcher von dem sogenannten „Streikpostenstehen“ spricht. Ich will aber zugeben, daß dieser zu hart ist. Zu betonen ist ferner, daß der Gesetzentwurf durchaus nicht wesentlich gegen die Arbeiter geht, sondern in allen Teilen genau ebenso gegen die Arbeitgeber, was die Koalitionsfreiheit betrifft und die Freiheit, zu streiken. Diese ist in vielen Fällen gerade gemißbraucht worden, das haben wir alle erlebt. Ich brauche sie Ihnen nicht vorzuführen, sie auch nicht daran zu erinnern, welche kolossale Schädigung — materielle und moralische — durch solche außerhalb der rechtlichen Grenzen durchgeführte Streiks herbeigeführt wird. Aber noch größer sind die Schädigungen, welche durch Mißbrauch der Koalitionsfreiheit dem Vaterlande und der monarchischen Staats- und der Gesellschaftsordnung zugefügt werden. Daß sich das Herrenhaus, wenn auch die Vorlage nicht direkt innerhalb der Grenzen seiner Kompetenz liegt, bemüht, die Staatsregierung auf einem Wege zu erhalten, der geeignet ist, solchen schweren Schädigungen vorzubeugen, — das meine ich, ist Recht und Pflicht des Herrenhauses. (Lebhafter Beifall.) Aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen die Annahme des Antrages. (Wiederholte lebhafter Beifall.)

Präsident Fürst zu Wied

teilt mit, daß ein von 40 Mitgliedern unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung eingebracht ist.

Graf Mirbach:

Die Art der Behandlung, die der Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses im Reichstage erfahren hat, hat in weiten Kreisen Befremden und lebhaftes Bedauern erregt, weit über die Kreise meiner politischen Freunde hinaus. (Sehr richtig!) Von den großen Parteien des Reichstages haben allein die beiden konservativen sich voll auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt und ihre weitgehendste Mitwirkung zugesagt, natürlich unter Vorbehalt einzelner Änderungen. In Konsequenz des Verhaltens der konservativen Parteien sind meine politischen Freunde hier im Hause gewillt, Ihnen durch den Antrag Gelegenheit zu geben, der Regierung Ihre Befriedigung auszusprechen über die von ihr eingenommene Stellung und sie aufzufordern, daß sie an dieser Stellung unbedingt festhält. Die Notwendigkeit zur Einbringung der Vorlage ergab sich aus den Erfahrungen bei Streiks; die Arbeiter müssen gegen den organisierten Terrorismus geschützt werden. Bei und verdankt man die Streiks ganz wesentlich der Socialdemokratie. Die Socialdemokratie ruft die Streiks ins Leben, sie organisiert sie, sie unterstützt sie durch Fernhaltung von Arbeiterzuzug, durch Boykotts, durch brutale Gewalt und durch Geldmittel. Geschlecht das im Interesse der Arbeiterschaft? Ich glaube, ganz im Gegenteil. (Sehr richtig!) Wenn der Satz richtig ist, daß nur ein prosperierendes Gewerbe auf die Dauer seine Arbeiter gut bezahlen kann, so komme ich zu folgender Schlussfolgerung: Nichts ist so gefährlich für das Bestehen eines Gewerbes, wie langanhaltende, umfangreiche Streiks. Daraus ergibt sich, daß nichts mehr geeignet ist, die Arbeiter zu schädigen als die Streiks. Es handelt sich hier nicht um das Wohl der Arbeiter, sondern um das Wohl der Arbeiter, das die Socialdemokratie erstrebt. Selbst wenn in einzelnen Fällen durch Streiks Lohn erhöhungen erzwungen werden, so werden doch in letzter Linie stets die Arbeiter auf das empfindendste in Mitleidenschaft gezogen.

Die Streiks zwingen die Arbeitgeber zu einer sehr vorsichtigen Zurückhaltung in ihrem Gewerbe und zur Fürsorge für den Fall der Wiederkehr eines Streiks. Es entsteht ein Kriegszustand zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern; noch immer aber gilt das Wort: Frieden ernährt, Unfriede verzehrt.

Ist die Socialdemokratie bestrebt, durch Streiks der Arbeiterschaft wirksam zu helfen? — Nein, im Gegenteil. (Sehr wahr!) Die Führer der Socialdemokratie sind einsichtig genug, selbst zu wissen, daß die Streiks in letzter Linie die Arbeiter schädigen; es liegt ihnen aber an etwas ganz anderem. Die Socialdemokratie braucht große Massen, um die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung umzustürzen, und über große Massen herrscht man auf die Dauer nur durch ein Mittel, durch eine weitgehende Unzufriedenheit. Und die Frage der Unzufriedenheit, die Bazillen, sind Jammer, Not und Elend, die naturgemäß hereinkommen müssen in einem Kampfe zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. (Sehr wahr!) Trotz alledem aber hat der Reichstag den Gesetzentwurf nicht angenommen. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter bleibt unberührt. Unter Strafe gestellt wird nur brutale Gewalt, Bedrohung, Verwundung und Ehrverletzung, und diese Strafen treffen gleichmäßig den Arbeitnehmer wie den Arbeitgeber. Man kann sich doch auch Fälle denken, wo die Arbeitgeber von ihrer Gewalt einen Mißbrauch treiben, der unter Strafe steht. Es handelt sich nicht um ein Ausnahmengesetz, wie das Socialistengesetz, sondern um ein Gesetz gegen jeden Mißbrauch des Koalitionsrechts, und wenn die Socialdemokratie davon am meisten betroffen wird, so liegt das daran, daß sie den weitgehendsten Mißbrauch treibt. Nach der Vorlage bleiben ausdrücklich die berechtigten Handlungen zur Herbeiführung einer Arbeiterkoalition straflos. Nur Zwangsmittel werden unter Strafe gestellt, denn in einem geordneten Staat hat der Zwang lediglich in der Hand der Polizei, der Gerichte und der Armee zu liegen. Das, was die Vorlage will, ist der Schutz der persönlichen Freiheit, wie ihn jeder Staatsbürger, gleichviel ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, in demselben Umfange verlangen kann. Die verbündeten Regierungen verdienen meines Erachtens Anerkennung für ihr Vorgehen, das vollkommen korrekt und durchaus maßvoll war. Die Lösung der Frage liegt im Interesse der Sicherheit des Staates, und in diesem Sinne halten wir es für nötig, der Regierung zu danken und sie zu bitten, daß sie auf ihrem Wege beharrt. Es ist das eine Frage von eminenten Wichtigkeit, welchen Weg die Regierung zur Sicherung des Staatswohls einzuschlagen hat. Ich bin überzeugt, daß jeder, dem mehr an der Salus publica (öffentliches Wohl) als an Wahlerfolgen liegt, der Regierung in ihrem Streben zur Seite stehen wird. (Beifall.)

Oberbürgermeister Becker:

Ich habe namens meiner Fraktion eine kurze Erklärung abzugeben: Die große Mehrzahl derselben ist einverstanden mit den Tendenzen des Gesetzentwurfs, auf welchen sich der Antrag Graf Mirbach bezieht. Wir wünschen die Arbeitswilligen gesetzlich zu schützen, so weit dazu ein Bedürfnis nachgewiesen ist, ohne und damit für die Einzelheiten des Entwurfs auszusprechen zu wollen, über den wir ja als Mitglieder des Herrenhauses nicht zu beschließen haben und dessen Grundlagen wir nicht kennen. Aber die Gesamtheit meiner Fraktion ist der Auffassung, daß für den Antrag Mirbach zur Zeit ein Grund nicht vorliegt; sie hält ihn nicht für zeitgemäß. Der Antragsteller hat selbst betont, daß die Regierung ihre Stimme im Bundesrat für den Entwurf abgegeben hat, und es fehlt an einem Grunde zu der Annahme, daß sie ihre Stellung geändert hätte, oder ändern wollte. Auf der anderen Seite aber sind wir der Überzeugung, daß die Wirkungen des Antrags Mirbach auf den Reichstag voraussichtlich die umgekehrten sein werden, als es die Freunde des Antrags wünschen. Aus diesem Grunde werden wir gegen den Antrag stimmen.

Minister Weisfeld:

Es kann die Regierung nur mit Befriedigung erfüllen, wenn, wie es bereits in weiten Kreisen der Bevölkerung geschehen ist, nun auch in diesem hohen Hause das Gelingen der Regierung für den gesetzlichen Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses Anerkennung findet. Ich betrachte es als vollkommen selbstverständlich, daß die Regierung an ihrer bisher vertretenen Auffassung auch bei der weiteren Serrung der Vorlage festhalten wird. (Beifall rechts.)

Professor Schmoller:

Ich gehöre dem hohen Hause erst wenige Tage an und bitte um Entschuldigung, wenn ich Sie schon heute mit einigen Worten behellige. Ich stehe seit 30 Jahren im Vordergrund der allgemeinen sozialpolitischen Diskussion in Deutschland, und ich würde es als einen Verrat an meiner eigenen Vergangenheit betrachten, wenn ich nicht hier meine dissentierende Stimme gegenüber dem Antrage erhebe. Ich stehe auf dem Standpunkte der Majorität des Reichstags, obwohl ich von jeher auf der rechten Seite meiner politischen Freunde stand, obwohl ich von jeher die großen Schattenseiten des heutigen Koalitionsrechts unbedingt anerkannt habe. Ich habe auch in öffentlichen Versammlungen des Vereins für Socialpolitik immer wieder an das wahre Wort von Hobbes erinnert: In hundert Jahren wird man demjenigen Staat für verächtlich halten, der es überhaupt duldet, daß eine Summe der Arbeitsfähigen zeitweise beliebig die Arbeit einstellen kann. Das kann kein dauernder Zustand sein. Warum sind denn aber nun doch alle Kulturvölker zu der Koalitionsfreiheit gekommen? Warum ist diese Koalitionsfreiheit hier in Preußen entstanden wesentlich mit auf Betreiben konservativer Männer? Die hervorragendsten Vertreter der konservativen Partei — ich erinnere nur an Mautsberg und Wegener — sind in den letzten Jahren mit der äußersten Energie für die Koalitionsfreiheit eingetreten aus dem einfachen Grunde, weil gegenüber den bestehenden Verhältnissen man in der Koalitionsfreiheit doch das einzige Mittel sah, um in einem Staate mit freier Konkurrenz auch den freien Konkurrenzkampf bezüglich der Lohnverhältnisse zu zulassen, wie es für alle anderen Kreise besteht; vielleicht allerdings auch deshalb, weil man damals die Schattenseiten noch nicht so übersah, wie heutzutage. Also mein Ziel geht ebenso wie das des Grafen Mirbach dahin, aus diesen Zuständen mit der Zeit herauszukommen. Aber der Weg, der eingeschlagen wird, führt nicht zu diesem idealen Ziele, wenn man Ermächtigungen herbeiführt, die zunächst von den Arbeitern als Ungerechtigkeit empfunden werden. Ich gebe vollständig zu, daß sämtliche Paragraphen der Vorlage diskutierbar sind, und ich würde unter Umständen, wenn sie mit gewissen anderen Reformen verbunden wären, wahrscheinlich für sie eintreten, besonders dann, wenn die Thatsachen, auf die sie sich stützt, durch ein zuverlässiges absolut öffentliches Enquete festgestellt wären und das unbedingte Vertrauen aller Parteien verdient. Dies ist aber für mich nicht vorhanden; dazu reicht die Denkschrift der Bundesregierung nicht aus. Für mich wäre eine solche Vorlage unbedingt diskutabel, wenn sie verbunden wäre mit einer Reform des Arbeitervereinsrechts und des Koalitionsrechts. Der jetzige Zustand auf diesem Gebiete ist unerträglich. Ich vermute es, daß man nicht solche Reformen mit den Staatsbestimmungen verbinden hat. Gätte man das gethan, so wäre es dem Zusammenwirken der konservativen Parteien, der Nationalliberalen und des Centrum nicht schwer geworden, einen Mittelweg zu finden. Es wäre dazu notwendig gewesen, den Vertretern der Arbeiterinteressen einige Konzessionen zu machen. Man hat aber nur Strafbestimmungen gegeben, die gewiß der besten Absicht entspringen sind, die aber notwendig durch diese Forderung unter einen falschen Schein gekommen sind, mit dem man bei den Massen rechnen muß. Von den 12—14 Millionen Arbeitern, die wir haben, sind nur

1—2 Millionen Socialdemokraten, aber auch die übrigen haben sämtlich diese Vorlage als ein privilegium odiosum (geächtetes Privileg) empfunden, teilweise weil sie dieselbe gewiß nicht verstehen, teilweise weil falsch agitiert wurde, aber vor allem deswegen, weil unsere ganze moderne Entwicklung der Volkswirtschaft auf Vereinigungen aller Art hinbringt. Überall hollen sich die Kräfte zusammen, überall entstehen Kartelle, Centralverbände, Zünfte, Landwirtschafskammern; wenn aber die Kräfte sich überall so zusammenfassen, dann darf man das den Arbeitern allein nicht erschweren. Darin, daß diese Erschwerung hier in Erscheinung tritt, liegt der dunkle Punkt der Vorlage, der Mißstimmung erregt, Mißstimmung, die gewiß viele Uebertreibungen mit sich bringt, die aber doch so stark ist, daß sie die große Majorität des Volkes und des Reichstages für sich hat. Das ist ein Element, mit dem man rechnen muß.

Im monarchischen Staat ist es die erste Pflicht der Regierung, überall das Bewußtsein zu erhalten, daß sie gleiche Sonne und gleiches Licht auf alle Staatsangehörigen verteilt. Gewiß ist dieses das Bestreben aller preussischen Regierungen gewesen, aber in diesem Fall hat sie wenigstens den Schein nicht vermieden, als ob sie mehr im Interesse der Unternehmer als im Interesse der Gesamtheit unserer Arbeiter thätig sei, und diesen Schein belege ich. Fürst Bismarck hat einmal als Minister bei einem Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, als ein Landrat und die Gedanken des betreffenden Kreises ausschließlich für die Arbeitgeber eintreten, sofort dem Minister des Innern geschrieben, dieser betreffende Landrat müsse beseitigt werden; das gehe nicht, daß königliche Behörden einseitig für die Arbeitgeber Partei nähmen. Das ist der Standpunkt, den die Regierung einnehmen muß. Das ist es, was Herr Geheimrat Wagner in allen früheren socialpolitischen Debatten immer wieder betont und in den Vordergrund gestellt hat. Das ist auch mein Wunsch. Die früheren preussischen Regenten, vor allem Friedrich der Große — ich kenne die Akten Friedrichs des Großen bis auf die letzte Seite — haben nichts mehr gewünscht, als den Glauben zu erhalten, daß die Staatsregierung ebenso für die unteren wie für die oberen Klassen sorge. Friedrich der Große hat alle möglichsten Ungerechtigkeiten begangen, um diesen Glauben zu erhalten. In der bekannten Affaire zwischen Herrn von Gerstorff und dem Müller Arnold hatte von Gerstorff recht und Arnold unrecht. Friedrich der Große ist für die Bauern eingetreten, um die Stimmung in den Massen zu erhalten, daß die Regierung die unteren Klassen in ihren Interessen ebenso hoch halte wie die oberen.

Das ist auch ein wichtiger Gesichtspunkt in den Stimmungen des öffentlichen Lebens; und von diesem Gesichtspunkte aus, glaube ich, würde eine Wiederholung derartiger Reformvorschlüge auf allgemeine Annahme rechnen können, wenn nicht bloß Strafanträge gestellt, sondern diese oder jene andere Reformen damit verbunden würden, wenn auch nur die Beurteilung der Dinge, um die es sich handelt, von Seiten der Regierung eine solche wäre, daß man sehe, daß sie auch bei den anderen die Schattenseiten erkannt. — In der Debatte im Reichstage ist viel von den Kartellen die Rede gewesen. Minister Weisfeld hat ihnen ein großes Lob gesungen, das ich wohl unterschreiben kann. Ich habe in ähnlicher Weise mich wiederholt öffentlich ausgesprochen. Aber die Schattenseite bei den Kartellen ist doch auch vorhanden. Die Kartelle sind heutzutage vielfach absolute Monopole, die an bestimmten Punkten die Gewerbefreiheit vollständig aufgehoben haben und gegenüber einzelnen Outsiders die nämlichen Mißbräuche über, wie die Arbeiter gegenüber den Streikenden. Wenn man wenigstens nur einmal gesagt hätte: „Das verurteilen wir ebenso und wir werden dagegen ebenso eine Gesetzgebung erlassen“, so würde ich schon über die Vorlage ganz andere Empfindungen haben. Aber so hat man die Empfindung; es wird mit ungleichem Maße gemessen; und so lange dieser Schein besteht, kann ich nur sagen: ich würde als Mitglied des Reichstages mit der Mehrheit gestimmt, ich würde mich auf den Standpunkt des Abg. Weber gestellt haben: diese Strafparagraphen sind für mich nur diskutierbar im Zusammenhang mit einer Reform des Arbeitervereinsrechts und des gesamten bestehenden Koalitionsrechts. (Beifall.)

Graf Mirbach

bleibt dabei, daß das Gesetz gerecht sei und der Regierung dafür Dank geschuldet werde.

Freiherr von Mantuffel:

Die politischen Freunde des Herrn Becker wollen nicht für den Antrag Mirbach stimmen, weil sie meinen, die Wirkung auf den Reichstag werde die umgekehrte von der sein, die der Antragsteller bezweckt. Ja, meine Herren, viel schlechter kann es doch im Reichstage nicht werden. (Heiterkeit.) Daß die Nationalliberalen nach der anderen Seite umfallen, ist ja möglich. Gegenüber Herrn Schmoller hat Graf Mirbach schon ausgeführt, daß die Koalitionsfreiheit in der Gesetzesvorlage nirgends angefaßt wird, ebenso wenig wird die Streikfreiheit angefaßt. Und wenn bei den Arbeitern Unzufriedenheit über die Vorlage hervorgerufen ist, so meine ich, muß gerade durch die Vorlage die Unzufriedenheit beseitigt werden, und das kann nur geschehen, wenn die Arbeiter, die den Wunsch haben, sich der Socialdemokratie nicht zu beugen, wieder in der Lage sind, hürchen auf ihre Mitarbeiter einzuwirken. Das werden sie aber erst können, wenn eine derartige Vorlage Gesetzkraft erlangt hat (Sehr richtig), wenn der Terrorismus der socialdemokratischen Agitatoren durch gesetzgeberische Maßnahmen gebrochen wird. Das Wort, das Graf Pobadowsky ausgesprochen hat, wo er die Reden der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage mit dem Ausdruck kennzeichnete: Der Staat wird wir, ist ein sehr zutreffendes Wort. Nicht die Arbeiter, nicht die Arbeitgeber, nicht die verbündeten Regierungen, nicht alles das zusammengefaßt, ist der Staat, sondern die socialdemokratischen Agitatoren sind der Staat nach ihrer Meinung. (Sehr richtig!) Und diesem Zustande muß ein Ende gemacht werden (Zustimmung) dadurch, daß die verbündeten Regierungen eingedung sind der Verpflichtung, die sie übernommen haben, auch die Arbeiter zu schützen vor den sogenannten Arbeiterfreunden, die aber thätlich ihre schlimmsten Feinde sind.

Nun hat Herr Schmoller vorgeschlagen, einen Mittelweg zwischen Konservativen, Centrum und Nationalliberalen zu finden, auf Grund dessen sich eine Mehrheit für eine derartige Vorlage herstellen lassen würde. Ja, den Konservativen ist diese Vorlage schon knapp das, was sie wünschen. Im ganzen und großen, glaube ich, würden sie mit der Aufnahme der Zuchthausbestimmungen in den Bestimmungen der Vorlage weitergehende Wünsche haben, und da soll man, abgesehen davon, daß die Mittelstraße eingeschlagen immer schwieriger ist, noch andere Bestimmungen treffen, doch jedenfalls nur auf Kosten der Konservativen, um sie mit dem Centrum und den Nationalliberalen zu vereinigen. Ich glaube, das ist ein schwieriges Unterfangen, und wenn Herr Schmoller Mitglied des Bundesrates wäre und eine derartige Ausarbeitung machen sollte, die allen diesen drei Parteien in diesem Augenblicke gefiele — ich glaube, es würde ihm doch ziemlich schwer fallen. Herr Schmoller hat weiter ausgeführt: 14 Millionen Arbeiter haben wir, davon sind noch nicht zwei Millionen Socialdemokraten und diese zwei Millionen sind die wahren Stützenfriede. Aber die anderen 12 Millionen sind auch unzufrieden, bei denen herrscht auch eine Mißstimmung wegen der Vorlage, ein Odium ist emporgewachsen aus der Vorlage bei den anderen Parteien. Das kommt nur dadurch, daß eben nicht gegen die socialdemokratischen Agitatoren wirksam eingeschritten ist, daß man nicht die Arbeiter, die wirklich arbeitswillig sind, die den staatsverhaltenden Parteien angehören wollen, vor den brutalen Strafanforderungen der weniger organisierten Arbeiter schützen kann. Einige wenige Agitatoren organisieren vielleicht ein Zwölfstel der ge-

Samten Arbeiterschaft, und dieses Zwölftel, geführt von den gewisslosen Agitatoren, ist fast genug, die übrig bleibenden 32 Millionen zu verhindern, das zu thun, was sie thun wollen zum Wohle ihrer Familie, zum Wohle des Staates, zum Wohle all derjenigen Verhältnisse, die ihnen und uns allen am Herzen liegen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß wir der preussischen Staatsregierung unsere Zustimmung ausdrücken, daß sie auf dem Wege beharrt, den sie bisher eingeschlagen hat. Wenn ich mir einmal die Gleichgültigkeit der letzten 15 Jahre ansehe, ob sie sich wirklich im wesentlichen zu Gunsten der Arbeitgeber gestaltet hat, so glaube ich, kann man das mit gutem Gewissen bestreiten, und — wenn Friedrich der Große noch jetzt lebte — er würde sich nicht für die Regierung, sondern für die Arbeiterpartei entscheiden. Ich bitte Sie demnach für den Antrag des Grafen v. Helldorf zu stimmen. (Beifall.)

Nach kurzer Erwiderung des Oberbürgermeisters v. Beder schließt die Erörterung. Es folgt die namentliche Abstimmung. Mit 72 gegen 22 Stimmen wird der Antrag v. Helldorf angenommen. Dagegen stimmen die Oberbürgermeister v. Beder, v. Wender, v. Wüstemann, v. Wunemann, Fuß, Dr. Giese, Jäger, Köhler, Lörch, Stände, Weltmann, v. Weigert, ferner Graf v. Helldorf, Graf v. Hesse, Graf v. Schlieben, Graf v. Scharf, Dr. Förster, Dr. Reinte, Dr. Schmoller, Reichsamtpräsident Dr. Koch und die Geh. Regierungsräte Rissen und Labbe.

Hierauf erledigt das Haus einige Petitionen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr (Gesekentwurf betr. die ärztlichen Ehrenrechte, Medizinalreform). Schluß 5 Uhr.

lokales.

Zur Lokalliste. Am 16. Juli erscheint die nächste Lokalliste. Die Lokalkommissions-Mitglieder Berlins und der Vororte werden hierdurch aufgefordert, Änderungen resp. Renaufnahmen bis spätestens den 12. Juli an Unterzeichneten einzusenden. Karl Scholz, Brangelstr. 110.

Achtung! Mitglieder der Freien Volkshäuser! Die Generalversammlung des ersten Quartals vom laufenden Geschäftsjahr findet am Donnerstag, den 18. Juli, 8 1/2 Uhr, in den Arminköhlen (unterer Saal) statt. Die Tagesordnung ist aus dem heutigen Inserat ersichtlich! Am zahlreichsten Besuch bittet Der Vorstand, J. A. G. Winkler.

Die „Schlächterwiesen“ nannte man noch vor wenigen Jahrzehnten jenes Gebiet, auf dem sich heute das neue Straßenviertel vor der Hasenheide erhebt. Die Ländereien, die jetzt mit modernen Mietpalästen bebaut sind, haben in ihrer Vergangenheit mancherlei interessante Daten aufzuweisen. Als Berlin und Köpenick kurz nach ihrer Gründung 1220 mit Becken, Wiesen, Weiden und Wäldern ausgestattet wurden, erhielt Köpenick von Markgrafen auch die „Urlate“, ein sumpfiges, mit Erlen bestandenes Terrain, das sich vom „Nixdorfer Damm“ bis zur Schöneberger Grenze hinzog und den Köpenicker Bürgern das nötige Brennholz liefern sollte. 1416 wurde das Gebiet umgeben, und alle Prozeßkassen jenes Jahres ergeben, daß ein Mann, Namens „Kulbay“ gehandelt wurde, weil er die Landwehr aufgab und Holz der Bürger gestohlen hatte. 1430 machten die Tempelhof Bauern, die damals noch dem Johanniter Orden unterstanden, gleichfalls Ansprüche auf die Mitbenutzung des Holzes, es kam sogar zu einem regelrechten „Krieg“, in dessen weiteren Verlauf sogar der Ordenskomtur mit dreihundert Knechten und den Bauern von vier Dörfern (Tempelhof, Richardsdorf, Mariendorf, Marienfelde) vor die Thore Köpenicks zu belagern. Die braven Berliner eilten ihren Mitbürgern jedoch zu Hilfe, eine wilde Schlacht entspann sich, der Ordenskomtur, ein „von Lagow“, fiel im Kampf und den vereinten Anstrengungen beider Städte gelang es, die Angreifer zurückzutreiben und sich des Schlosses von Tempelhof zu bemächtigen. Um die unruhigen Nachbarn endgültig los zu werden, kaufte Berlin dem Orden endlich seine Besitzungen ab. Am 25. September 1435 trafen die Abgeordneten der Städte mit denen des Ordens auf dem heutigen Johannistisch zusammen und tauschten hier Kaufkontrakt und Kaufsumme. Für 2430 Schod 40 Groschen (40 200 M.) erhielt Berlin Tempelhof mit dem Nixdorfer, Nixdorf mit der Heide, Bruch und Wiesen, Mariendorf mit der Windmühle und Marienfelde mit dem „Geese“ bei Teltow. Die Grenzlinie der „Bürgerholzung“ ging hinter dem Johannistisch über einige Sandhügel, auf deren einen sich das Halsgericht, die „Heimstätte“ der Stadt Köpenick erhob. 1518 wurde hier der Junfer von Otterstätt enthauptet, einer jener abligen Strauchdiebe, die es nicht vertragen konnten, daß ihnen das Verbot verboten werden sollte. Im 17. Jahrhundert erhielt die Berliner Schlächterinnung das ganze Gebiet als Hütung für ihr Schlachtvieh, erst 1852 wurde die Vergünstigung aufgehoben. Das Gewerbe erhielt eine Entschädigung, der Name „Schlächterwiesen“ blieb dem Landstrich bis in die jetzigen Jahre, dann löste ihn der „Luban“ ab, eine Verdrückung der alten „Urlate“.

In die Berlinkolonien werden diesmal 3406 Kinder geschickt, 6 mehr als im Vorjahre 1898. Wie viele zur Aufnahme angemeldet waren, ist bisher nicht bekannt geworden. Im vorigen Jahre sind etwa 9000 Kinder von den Sektanten-Ärzten untersucht worden, in diesem Jahre werden es kaum weniger gewesen sein. Wenn im Vorjahre von rund 9000 untersuchten Kindern nur 3400 berücksichtigt wurden, so drängt sich die Frage auf, wie viele wohl nach dem Urteil der untersuchenden Ärzte Verdrückung verdient haben mögen. In dem vom Komitee veröffentlichten Bericht pro 1898 findet man hierüber keine direkte Angabe. Der Bericht sagt nur: „Leider haben wir allen Wünschen der Lokalkomitees wegen Verdrückung aller bedürftigen Kinder ihres Bezirks nicht entsprechen können, weil uns eben die dazu erforderlichen Mittel fehlten; es hätten uns dazu wohl noch weitere 100 000 M. zur Verfügung stehen müssen. Wir haben gehofft, soweit wir konnten.“ Da die 3400 berücksichtigten Kinder des Vorjahres gegen 109 000 M. Kosten verursacht haben, so läßt das Verlangen nach „weiteren 100 000 M.“ darauf schließen, daß von den 9000 untersuchten Kindern ungefähr noch weitere 3400 von den Ärzten als der Verdrückung würdig bezeichnet worden waren.

In Sachen der „Socialistischen Monatshefte“, die, wie bekannt, gegen den Protest des allein zuständigen Direktors als auf Verleiden des Universitätsrichters und Staatsretters Daube aus der Akademischen Gesellschaft entfernt wurden und deren Wiederherausgabe von einer Anzahl der verschiedensten Richtungen angehörigen Mitgliedern und Abonementen verlangt worden war, hat das Direktorium der Gesellschaft in seiner letzten Sitzung — am Abend des vorigen Dienstags — beschlossen, zunächst noch einmal beim Rektor vorstellig zu werden, sodann aber erst weitere Maßnahmen zu ergreifen. Der Beschluß wurde mit 6 gegen 3 Stimmen gefaßt; von der „wissenschaftlichen“ wie von der „nationalen“ Partei schloß je ein Vertreter; die Mehrheit kam dadurch zu stande, daß ein Vertreter des „B. D. St.“ mit den Vertretern des „Socialis. Studentenver.“, der „Fr. Wissensch. Ver.“ und der wissenschaftlichen Vereine stimmte.

Eine Berliner Merkwürdigkeit kann man jetzt, wo am neuen Dom auch das Gerüst der Front nach dem Lustgarten fast gefallen ist, bewundern. Diese Front zeigt nämlich — zwei Türme, die sonst scheitert die völlige Fertigstellung öffentlicher Bauwerke in

Berlin fast immer an der Inskription. Am Reichstags-Gebäude fehlt dieselbe noch heute. Ein Portal für den Friedhof der Märzgefallenen kann wegen der Inskription noch nicht einmal in Angriff genommen werden. Der Dom ist besser daran; er hat keine Inskription. Hoffentlich wird dieselbe nicht noch nachträglich fortgemischt!

Beschränkung der Sonntags-Briefbestellung. Die Post geht mit der Beschränkung des Sonntagsdienstes wieder einen Schritt weiter. Das Reichspostamt hat verfügt, daß vom Sonntag den 9. d. M. ab die zweite Sonntags-Briefbestellung, welche vornehmlich Briefsendungen aus dem Süden und Südwesten Deutschlands, die mit dem Eisenbahnzuge um 6.46 früh auf dem Anhalter Bahnhof eingehen, und aus dem Westen, welche mit dem Eisenbahnzuge Köln-Hannover um 7 1/2 früh in Berlin anlangen, entfällt. In Berlin und seinen Vororten in Wegfall kommt. Diese Sendungen werden daher erst am Montag mit der ersten Bestellung abgetragen. Der ersten Sonntagsbestellung sollen in Zukunft jedoch möglichst viele Briefsendungen zugeführt werden, und es sind deshalb die Postämter ermächtigt, dort, wo dies mit Vorteil geschehen kann, diese Bestellung um circa 15 Minuten später beginnen zu lassen. Um auch diejenigen Korrespondenten, denen daran gelegen ist, die mit den obengenannten Eisenbahnzügen eingehenden Briefe noch Sonntags zu erhalten, nicht zu sehr zu schädigen, soll diesen anbegehrt bleiben, betreffs dieser Sendungen eine vorchriftsmäßige Abholungsanweisung, zu welcher von den Postanstalten Formulare unentgeltlich verabfolgt werden, bei der betreffenden Postanstalt niederzulegen. Die Sendungen können dann am Ausgabestunde, welcher Sonntags im Sommer von 7 bis 9 Uhr, im Winter von 8 bis 9 Uhr früh und außerdem von 12 bis 1 Uhr mittags geöffnet ist, in Empfang genommen werden.

Durch den Schumannsfädel getötet. Der amtliche Polizeibericht teilt folgendes mit: Am Dienstagabend sollte der 36 Jahre alte Schmiel Wilhelm Gottschall, nachdem er wegen groben Unfuges festgenommen war, mit dem Arrestantenwagen nach dem Polizeipräsidium gebracht werden. Er wehrte sich gegen seine Fortschaffung mit aller Macht, versetzte u. a. einem Säugmann ein Fußtritt gegen den Unterleib und einem zweiten einen Fußtritt gegen den Kopf, so daß den Beamten nichts übrig blieb, als den Säbel zu ziehen, wobei Gottschall einen Hieb mit der flachen Klinge über die Beine erhielt. Er versuchte, obwohl er inzwischen in den Wagen hineingefahren worden war, dem Beamten den Säbel zu entreißen, und bei dem Ringen um denselben mußte er sich wohl in einer zunächst nicht wahrnehmbaren Weise verletzt haben, denn als er während der Fahrt zu bluten anfing und deswegen nach der Klinik in der Fiegelstraße geschafft wurde, starb er dort nach kurzer Zeit.

Kugenzengen des Vorfalls schildern denselben etwas anders wie der amtliche Bericht. Danach ist richtig, daß der Verhaftete, als er in den grünen Wagen gebracht werden sollte, sich heftig wehrte. Es gelang den Säugleuten aber, ihn trotzdem in den Wagen zu bringen; als der Arrestant aber auch hier noch seinen Widerstand fortsetzte und mit den Beinen die Säugleute stieß, hieben die Beamten mit blanken Säbeln in den Wagen hinein. — Nach dem amtlichen Bericht soll die Verwundung des Arrestanten zunächst nicht wahrnehmbar gewesen sein. Dem widerspricht aber die Thatfache, daß an der Stelle, wo sich der geschilderte Vorgang abgespielt hat, noch am Mittwochnachmittag die deutlichen Spuren einer Wundfläche, deren ovale Form einen Längsdurchmesser von etwa 80 Centimetern und einen Querdurchmesser von etwa 50 Centimetern zeigte, sichtbar waren. Im Anschluß an diese Wundfläche bezeichnete eine etwa 5—7 Centimeter breite Wundspur den Weg, welchen der grüne Wagen eingeschlagen hatte. Kugenzengen wollen diese Wundspur von der Kottbuser- bis zur Hannoverischen Straße verfolgt haben. — Hierauf erscheint es unwahrscheinlich, daß man die entsetzlichen Verwundungen des Arrestanten nicht sofort bemerkt haben sollte. Mag der Betroffene auch nicht ohne seine Schuld zu den Verwundungen gekommen sein, so hätte man ihn, nachdem aus den beschilderten Anzeichen die Schwere der Verletzungen zu erkennen war, unverzüglich in ärztliche Behandlung geben sollen, anstatt ihn mit den grünen Wagen weiter zu transportieren. Es erscheint unverständlich, weshalb man mit Säbeln gegen einen Arrestanten vorging, der bereits ziemlich wehrlos war, da man ihn ja schon in die Isolierzelle im Wagen hineingebracht hatte und er also den Beamten nicht mehr gefährlich werden konnte.

Durch den Zusammenbruch des Balkenlagers einer Waggermaschine sind die Arbeiter Ferdinand Strobe, 57 Jahre alt, und Gustav Kraus, 44 Jahre alt, schwer zu Schaden gekommen. Auf einem Grundstück in der Karlstraße gegenüber dem Fiskus soll ein Neubau aufgeführt werden. Der durch die nahe Nähe bedingte schiefere Grund soll zu diesem Zweck ausgebagert werden. Während der Arbeit am Mittwochnachmittag riß plötzlich die Kette der Maschine, und das Lager stürzte zusammen. Die beiden Arbeiter, die auf ihm standen, wurden mit hinaufgerissen. St. wurde durch Balken, die ihm auf den Brustkasten fielen, zu Boden gedrückt und erlitt starke Quetschungen. K., der ihm zu Hilfe kam und einen Teil der stürzenden Last zurückhielt, hat Verletzungen an den Armen erlitten. Beide wurden nach einem Krankenhause gebracht. Ein dritter Arbeiter, der nur leichte Schäden davongetragen hatte, konnte sich nach Hause begeben.

Der Konflikt mit dem Kirchhof-Inspektor auf dem Johannes-Kirchhof, über den wir gestern berichteten, passierte bei dem Vergräbnis des Zimmerers Ort, der nicht, wie irrtümlich mitgeteilt war, Mitglied der Freien Vereinigung der Verfassungskämpfer war. Ergänzend sei zu unserem Bericht hinzugefügt, daß nach der Bestattung trotz des Verbots des Kirchhof-Inspektors die Trauermusik einsetzte. Man will abwarten, was nun die Verwaltung zu thun gedenkt.

In der Untersuchungssache gegen Gehlsen teilt uns der Kaufmann Herr Emil Lehmann, Charlottenburg, Am Lützow 10, mit, daß auch er, ebenso wie der Rechtsanwalt Dr. Harsfeld, nicht als Angeklagter, sondern nur als Zeuge vernommen wurde.

Im Künstlerhause des Vereins Berliner Künstler, Wellesstraße 3, ist seit gestern die zweite Hälfte des für das Reichstagsgebäude bestimmt gewesen Wandgemäldes von Franz Stud ausgestellt. Neben diesem befinden sich viele Werke hiesiger und auswärtiger bekannter Meister daselbst.

Feuerbericht. Feuer in Reinickendorf. Mittwochnachmittag 1 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr nach Reinickendorf gerufen. In der Residenzstraße 15 belegenen Druderei des „General-Anzeigers“ stand der Dachstuhl des Vorderhauses in hellen Flammen und da bei den dort lagernden Papierrollen eine Gefahr für die umliegenden Gebäude vorhanden war, requirierte der Amtsvorsteher die Berliner Feuerwehr. Die brennenden Papiermassen verursachten eine enorme Feuerqualm und erschweren die Lösungsarbeiten ungemein, doch gelang es nach 1 1/2 stündiger Arbeit, das Feuer zum Stehen zu bringen. Der Dachstuhl wurde eingeschert. Der verursachte Schaden ist recht erheblich. Ueber die Entstehung des Feuers konnte nichts ermittelt werden. — Eine Benzineexplosion betraf am Mittwochmittag einen Alarm nach Dresdenstraße 68. Hier war in dem Keller des Droguengeschäfts von Brand durch Unvorsichtigkeit eines Gehilfen ein Ballon Benzin in Brand geraten, wodurch eine heftige Explosion erfolgte. Der Vorstoß konnte zwar noch aus dem Keller flüchten, doch erhielt er im Gesicht und an den Händen schwere Brandwunden. Die Feuerwehr hatte etwa eine Stunde zu thun, um den entstandenen Brand abzulöschen. — Dienstagnachmittag wurde die Wehr nach der Spindlerstraße, Ecke Rickardstraße gerufen. Hier war ein Zusammenstoß zwischen einem beladenen Heuwagen und einem elektrischen Straßenbahnwagen erfolgt, wobei der Käufer des Heuwagens so schwer verletzt wurde, daß er bald darauf starb. Die Feuerwehr mußte eingreifen, um den aus den Schienen geratenen Accumulatormagen wieder flott zu machen. — Gegen Abend erfolgten noch drei Alarmierungen. Linien-

firache 128 brannten Papierrollen in einer Papierfabrik, Oranier Weg 116 hatten Holzabfälle Feuer gefangen, während Reinickendorferstr. 20 verschoben und Wäsche in einem Bodenverklage eingeschert wurden. Mittwoch früh 3 Uhr war Copierstraße 4 ein Zimmerbrand zu beseitigen, der Gardinen, Kleidungsstücke und Möbel beschädigte.

Aus den Nachbarorten.

Nixdorf. Von einem Wagen der sächsischen Vorortbahn wurde am Dienstagnachmittag der 7-jährige Sohn des in der Felsstraße 12 wohnhaften Nachtwächters Hildebrand überfahren und getötet. Der Knabe war im Begriff, den Bahndamm zu überschreiten, als er von dem dahinfliehenden Wagen ergriffen und total zermalmt wurde. Die Glieder und inneren Teile lagen zerstreut umher auf dem Straßendamm, was einen gräßlichen Anblick bot. Augenzengen geben dem Wagenführer Schuld, der nicht vorwärts genug haben soll. Im allgemeinen dürfte aber wohl die übermäßige Schnelligkeit Schuld tragen, mit welcher die Vorortbahn die verkehrsreichen Straßen durchfährt.

Von einem Dungwagen überfahren wurde am Mittwochnachmittag in der Bergstraße der Schulknabe Paul Krehner. Der Knabe fuhr mit einem Handwagen, vor welchem ein Hund gespannt war, die Bergstraße entlang, als er plötzlich von einem Dungwagen, dessen Reiter schlief, überfahren wurde. Dem unglücklichen Knaben, Sohn einer armen Wittwe, wurde ein Arm total zermalmt; außerdem trug das Kind noch andere schwere Verletzungen davon, so daß seine Aufnahme in einem Krankenhaus erforderlich wurde.

Ein vom Amtsgericht in Kottbus wegen Unterschlagung strafrechtlich verfolgter Amtssekretär Seeger wurde gestern hier verhaftet.

Wilmersdorf-Halensee. Die Parteigenossinnen und Genossen werden auf die heute Abend 8 Uhr im „Volksgarten“ stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht, in der Frau Lina Braun über den Justizausfall referiert. Auch steht die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson für Wilmersdorf auf der Tagesordnung. Die Parteigenossen werden ersucht, die Frauen zum Besuch dieser Versammlung zu veranlassen. Der Vertrauensmann.

Auf dem Schickslande erschloß sich am Dienstagmorgen der Oberjäger Wante von der 2. Kompanie des Garde-Schützen-Bataillons zu Groß-Lichterfelde. Als Veranlassung zum Selbstmord wird Jurat vor Strafe angegeben.

Daß durch Fahrpreis-Ermäßigung der Verkehre in hohem Maße gesteigert wird und infolgedessen die Verkehrsverhältnisse nicht nur keinen Schaden erleiden, sondern sogar Vorteil haben, dafür erbringt der Geschäftsbericht pro 1898 der Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft wieder einen kostbaren Beweis. Diese Gesellschaft hatte mit Einführung des elektrischen Betriebes die Fahrpreise um ca. 40 Proz. herabgesetzt. Infolgedessen stieg der Personenverkehr von 3 408 728 im vorangegangenen Jahre auf 5 232 671 im Berichtsjahre, und die erzielten Einnahmen betragen im Berichtsjahre 613 221 M., während dieselben im Vorjahre nur auf 454 508 M. beliefen. Und dennoch läßt der einheitliche Bahn-Pfennig-Tarif noch immer auf sich warten.

Ein Wilddieb aus Weihensee ist in der Reinickendorfer Forst bei Löwenberg in der Part angehossen und unter eigenartigen Umständen dingfest gemacht worden. Ueber den Vorfall wird einem hiesigen Blatte gemeldet: Der Förster Petermann zu Forsthaus Herlow besand sich auf dem Ausfluge und hörte plötzlich einige Schüsse in seiner unmittelbaren Nähe fallen. Schleunigst verließ er seinen Standort und hatte im nächsten Moment auch schon den betreffenden Jäger gefaßt, der sein Gewehr fortwarf und sich auf die Kniee widerlegte. Hierbei erlaubte sich das ungeheuerliche Gewehr des K. und der Schuß traf den Fremden in die rechte Schulter. Es gelang dem Angehossenen in der Verwirrung, glücklich zu entfliehen. Nach einiger Zeit erlitten vom Forsthaus her Rot- Hornsignale. Als der Förster mit noch einigen Waldarbeitern herbeigeeilt kam, fand er zu seinem Entsetzen seinen Flüchtling vor. Er hatte der Frau des Försters erzählt, daß er von ihrem Rame angehossen worden sei, daß er aber schwören wolle, wenn sie ihm eine größere Summe Geldes als Entschädigung gäbe. Die resolute Frau traute jedoch dem Menschen nicht, ergriff sofort das Horn und rief durch dessen Töne Hilfe herbei. In dem Besonnenen entpuppte sich ein berühmter Wilddieb A. aus Weihensee bei Berlin.

Friedrichsfelde. Durch das heftige Eingreifen eines Arbeiters wurden am Dienstagnachmittag auf der Frankfurter Chaussee die wild rasenden Pferde des Handelsmannes Hille zum Stehen gebracht. Das Unternehmen hätte für den mutigen Mann gefährlich ablaufen können, denn er wurde, als er den Tieren in die Fänge fiel, heftig zur Seite geschleudert, glücklicherweise ohne ernstlichen Schaden zu nehmen.

Der Amtsvorsteher hat sich veranlaßt gesehen, in einer Bekanntmachung vor dem Riebetreten des Hornes zu warnen und werden unmaßstäblich gegen die Eltern, deren Kinder im Eifer Kornblumen abspülten, diese Mißthat begeben, Geldstrafen erlassen. Da solche Forderungen für die Betroffenen meist recht mangenernehmer Art sind, so kann den Eltern nur der Rat gegeben werden, ihren Erziehungs erste Verwarnungen zuzunehmen zu lassen, denn thätlich gefaßt ist die Neigung der Kinder zu einem Unfug, der für den Besizer schweren Nachteil bringt.

Nahezu 180 000 Einwohner zählt jetzt Charlottenburg. Allerdings war im Monat Juni der Abzug größer als der Zugang. Doch ist durch die große Zahl der Geburten immer noch ein Wachstum der Einwohnerzahl zu verzeichnen. Im Monat Juni waren insgesamt 887 Geburten, 212 Sterbefälle und 70 Gefeisetzungen angemeldet. Die Einwohnerzahl betrug am 1. Juli genau 179 288 Köpfe.

Friedrichshagen. In der Nähe der Magdeburger ist am Sonntag von Spaziergängern eine bereits stark in Verwesung übergegangene männliche Leiche gefunden worden. Die Persönlichkeit konnte bisher noch nicht festgestellt werden. — Am Montag ist zwischen der Rahndorfer Mühle und Neu-Rahndorf dicht neben der Chaussee ein Mann in den vierzig Jahren erhängt aufgefunden worden. Auch hier konnten die Personallisten nicht ermittelt werden. Der Tote trug einen dunkelgrünen Jodentanzug und Strohhut. In seiner Nähe lagen eine Kaffeekanne und eine Sense.

Friedenan. Die Einwohner von Friedenan und des Friedenauer Ortsteils von Schöneberg sind arg enttäuscht darüber, daß die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft es abgelehnt hat, einen bestimmten Termin für das Inlebenreten des Durchgangsverkehrs auf der Prachtstraße zuzugesetzen. Da die Gesellschaft die Verwirklichung dieser unabweisbaren Forderung von erneuten Verhandlungen der beteiligten Gemeinden abhängig macht, so wird es in Friedenan eines energischen Eingreifens bedürfen, um das, was der Stadt Schöneberg leider nicht gelungen ist, durch die Friedenauer Gemeinde durchzusetzen.

Um nach Amerika zu machen, wor der zwölfjährige Rudolf Abel aus Weiz verschwunden, nachdem er seiner Mutter Ersparnisse an sich zu bringen gewohnt hatte. Die romantischen Ideen des jungen Burischen sind indessen noch kurz vor der Ausführung gescheitert, denn in Hamburg wurde er bereits von seinem Schicksal ereilt. Der jugendliche Europamüde wollte sich gerade an Bord des Schiffes begeben, welches ihn über den Ocean in das Land der Freiheit führen sollte, als er von der Hamburger Polizei festgenommen wurde. Anstatt nach Amerika ging's nun unter polizeilicher Aufsicht wieder nach Weiz zurück, wo er bei seiner verzehenden Mutter wieder Aufnahme gefunden hat.

Achtung! Maurer. Achtung!

Freitag, den 7. Juli 1899, abends 8 Uhr:

6 Mitglieder-Versammlungen der Zahlstelle Berlin II des Central-Verbandes deutscher Maurer

in folgenden Lokalen:

Für den Süden: bei Sitzentock, Blücherstr. 67 und Gutsenaustraße 31.
Für den Westen: im Königshof, Säulowstr. 37.
Für Moabit: bei Fischer, Senefelderstr. 9.
Für den Norden: in den Borussia-Sälen, Alsterstraße 67.
Für den Osten: im Lokale am Freischütz, Fruchtstraße 36.
Für den Südosten: bei Brüder, Waldemarstr. 75.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Welche Vorteile werden uns durch getroffene Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Unternehmerverbänden und Arbeiterorganisationen geboten? 2. Gewerkschaftliches.

Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand, J. K.: Karl Panser.

Achtung, Maurer!

Freitag, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Nümann, Brunnenstr. 188:

Oeffentliche Versammlung der Maurer Berlins u. Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation).

Tagesordnung: 1. Welche Aufgaben erwachen den Berliner Maurern für die Zukunft? 2. Dietikon. 3. Wahl eines Delegierten für den Westen. 4. Gewerkschaftliches.

Die Lohnkommission, J. K.: Fritz Kater.

Gelegenheitskäufe für die Reise!

Detail-Verkauf der

Deutsch-Amerikanischen Schuhfabrik

(G. m. b. H.)

[15030]



Gr. Frankfurterstr. 103 am Straußberger Platz.
Oranienstrasse 162 am Oranienplatz.
Rosenhalerstr. 42 am Godeschen Markt.
Friedrichstrasse 131 vis-à-vis Oranienburgerstraße.

Blücherstrasse 13 vis-à-vis der Kirche.
Müllerstrasse 3 vis-à-vis der Gadenstall.
Wilsnackerstrasse 10 nahe Turmstraße.
Spittelmarkt 12 zw. Kur- u. Niederwallstraße.

Specialität: Herrenstiefel, gewalzt von Mk. 3,90 an.

Schloß Weikensee.

Sonntag, den 9. Juli 1899:

Grosses Volks-Fest

arrangiert von den Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Niederbarnim unter Mitwirkung mehrerer Arbeiter-Gesangsvereine (W. d. R.-S.-B.)

Vokal- und Instrumental-Konzert

ausgeführt von Mitgliedern der freien Vereinigung der Civil-Berufsmänner. — Auftreten der Leipziger Sänger. — Schauspieler, ausgeführt vom Schminke-Weikensee. — Turnische Aufführungen vom Arbeiter-Turnverein Weikensee. — Volksspiele, Kinderbelustigungen aller Art.

Jedes Kind erhält eine Freikarte zum Karussell.

Grosses Brillant-Feuerwerk

ausgeführt vom Kunst-Feuerwerker Herrn Albers.

Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen bis 6 Uhr abends geöffnet. — In beiden Sälen von 4 Uhr ab TANZ. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach Anfang 8 1/2 Uhr. See-Theater: Entree frei. Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Billets sind in allen mit Plakaten besetzten Stellen zu haben.

Das Komitee.

Rixdorf. Apollo-Theater. Rixdorf.

Inh.: Ph. Thomas, Hermannstraße 48-49.

Grosses Sänger-Fest,

arrangiert von sämtlichen Arbeiter-Gesangsvereinen Rixdorfs unter Mitwirkung des Musikvereins Einigkeit, sowie des Arbeiter-Radfahrer-Vereins zum Besten des Parteifonds.

Im Garten: Specialitäten-Vorstellung
(Vergissmeinnicht, Kinder-Quartett, einzig in seiner Art) — Die Kaffeeküche ist um 2 Uhr geöffnet. Von 5 Uhr ab TANZ. Anfang 4 Uhr. Billet 20 Pf.

Nachruf.

Zurückgeführt von dem Grabe unseres Geliebten des Herrn

Karl Telschow.

Seer Meist die Stätte, wo er gewohnt, denn er fehlt nie zu uns zurück. Sein lauter Charakter und seine edle Gemüthsart sichern ihm ein ehrenvolles Andenken.

11648
Berlin, den 3. Juli 1899.

Das Personal der Firma Gebr. Telschow.

Gewünschte alten Freunden u. Bekannten

Mein Weiss. Bayrischbier und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Weinlich & La carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Haustr. für 20-50 Personen.

H. Stramm, Rest., Ritterstr. 123.

Hiermit nehme ich die Beileidigung gegen die Frau Vieg, Wollenerstr. 7, an, und erkläre dieselbe für eine eheliche Frau. Frau Schulz, Wollenerstraße 7.

Küchenmöbel, auch Wirtschaft, (potthändig) Waldemarstr. 68, I. links.

Uhren u. Goldwaren

neueste Muster, billigste Preise.
Goldene Damen-Uhren v. 16, 20, 25 M. etc.
Silberne, Nickel, Stahl-Uhren 9, 12, 15 M. (1880er) Regulator 9, 14, 20 M. etc.

G. Wagner
Skallitzerstr. 126, nahe Kottb. Thor.
Reparaturen gut u. schnell.

Rechts-Anwaltsbureau Muter

führt alles durch. Invalidenstr. 126. II

Rösliner Hof

Röslinerstraße 8.
Empfehle meinen Saal Vereinen und Gewerkschaften zu Festlichkeiten und Versammlungen. Bestellungen werden entgegengenommen täglich von 5-10 Uhr abends. [21493]

C. Hoffmann
(Bes. des Engl. Gartens).

Hans Kayser

21272
Görlitzer Bahnhof, Platz 6.
Bühnliche Vergnügungsfabrik.
Press- u. Steinkohlen.

1. Ziehung d. 1. Klasse 201. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. Juli 1899, nachmittags.
Aus der Ururne über 60 Mark sind den betreffenden Nummern in Vertheilung folgende:

(Eine Gewähr.)

5 159 76 397 485 619 727 1035 40 216 477 507 46
54 58 611 86 876 996 2248 56 85 324 93 474 593 623
78 805 64 86 2000 3300 88 91 417 618 703 1001 854
4019 43 306 416 82 551 84 750 1150 93 810 29 226
5001 122 208 78 318 300000 559 1000 663 708 11 92
600 14 203 150 90 6000 15 351 617 18 798 7024 31
60 116 29 47 766 877 8035 80 609 721 9347 72 613
10083 130 376 557 646 789 11327 39 571 1300 78
644 87 925 65 12329 303 403 28 530 83 740 906 13232
83 324 411 18 642 52 709 85 14361 73 694 779 889 913
89 15023 96 176 241 314 822 53 99 903 75 93 10036
1000 110 38 254 90 414 44 791 810 908 85 17083 62
79 282 318 700 18056 60 82 111 26 30 548 700 100
817 88 1150 90 926 10066 104 17 52 209 35 71 95 404
800 26 35 86 990

200021 158 238 412 577 648 1150 786 827 942 53
21038 214 212 94 358 74 430 79 99 561 822 977 80 95
22017 222 73 98 328 925 93 23815 24050 81 580 627
754 1150 838 47 50 936 57 63 25040 80 311 81 481 574
723 80 821 79 20418 829 56 737 27036 338 757 28192
1150 217 413 526 756 811 1150 20092 275 301 53 77
419 634

300077 403 94 587 665 71 769 807 937 31066 94 251
423 624 28 55 792 32050 126 96 228 48 706 54 838 619
38059 138 221 36 63 397 486 504 94 544 1000 51 58
780 507 66 34115 36 75 260 400 853 70 81 88 938
35072 89 189 36 40 791 30004 142 399 580 43 744 81
906 37088 128 88 470 621 57 61 62 760 38076 98 385
95 618 100 29 59 671 909 30151 280 1150 66 312 475
673 78 645 896 921 55 94

40088 94 252 68 94 538 624 75 714 90 1150 829
41203 455 555 634 819 940 42016 716 360 415 65 723
43004 58 93 104 370 389 99 691 727 70 823 58 981 44225
64 116 40 319 420 57 535 628 714 45047 49 76 144 320
96 418 534 91 791 40099 172 271 310 476 1150 550
47030 1200 188 253 72 304 37 509 708 985 48095 155
86 1000 231 79 818 584 86 697 859 65 81 89 922 85
40001 213 29 98 396 605 55 787 978 42

50095 171 100 93 271 99 399 488 716 831 33 87
51202 21 57 578 400 91 675 701 851 907 53132 430
540 60 667 68 53458 79 789 908 54303 85 494 508 617
726 49 859 63 926 55123 63 1000 77 340 66 472 612 18
83 720 61 73 1000 971 60011 31 82 227 65 724 900 43
45 75 57007 23 146 205 368 503 71 97 710 45 97 884
961 58102 504 81 602 45 71 50102 1000 249 55 309
450 582 90 97 845

60086 202 360 502 82 607 21 1000 37 754 1000 825
10000 61015 49 90 826 65 70 77 90 627 786 87 62008
68 194 257 340 410 98 586 53 78 625 93 1000 967 75
68020 108 83 245 473 680 64029 49 131 60 85 99 506
77 616 1000 728 65026 63 828 407 63 71 672 742 822
975 60048 112 240 50 407 41 48 614 750 59 862 67092
190 239 325 475 544 77 713 972 68446 939 47 59 87
60958 64 444 500 42 44

70086 149 94 298 310 409 578 784 1000 839 42 58
96 934 71038 208 65 91 441 619 72152 432 35 417 59
88 884 900 88 70 72165 86 257 849 500 63 711 74024
93 273 405 39 76 649 68 752 1000 671 933 75024 57
350 79 447 1000 83 859 60 98 852 717 78 842 1150 55
70107 229 440 46 84 602 77295 98 330 86 28 974
76187 87 23 43 497 1150 705 900 32 70 70103 95 687
683 764 890 93

80010 173 1000 227 63 80 311 29 405574 608 717
85 852 81018 147 71 313 86 634 735 822 903 68 82219
121 707 55 97 852 915 83309 65 527 78 84086 279
1000 346 417 627 915 815 45 956 85120 458 70 20 829
78 80075 119 578 433 511 611 704 1000 992 98 87138
67 240 324 476 578 93 880 880 188 287 395 412
60 817 970 75 80124 72 216 319 501 12 024 88 744
90202 344 45 66 538 629 807 66 1100 990 91065 88
149 207 393 40 53 97 410 683 20990 335 70 420 512 50
68 027 45 748 949 93173 89 216 52 153 488 75 573 699
10 94396 437 507 25 736 813 1000 947 95 62 307 94
338 94 1150 443 55 1150 559 1238 866 984 96109 289
415 596 645 48 736 563 1000 70 79 978 97601 789 884
98283 332 72 492 683 778 95 807 72 923 90035 87 133
93 202 59 333 57 459 70 603 72 920

100066 494 86 505 15 58 801 785 850 74 908
101073 79 237 589 617 857 67 97 100209 70 844 83
656 744 656 968 103042 132 98 382 424 44 511 64
104800 664 71 922 105002 165 369 594 650 985 91
1000419 69 387 96 852 58 107794 241 50 300 1100
899 100081 104 54 83 832 450 907 973 57 100248
410 565 612 1501 56 842 800 21 87
110439 543 656 832 928 11413 668 80 709 809
76 110321 500 920 68 11802 7 125 35 839 71 405
70 789 1000 91 920 114056 224 70 339 505 75 727

1. Ziehung d. 1. Klasse 201. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. Juli 1899, nachmittags.
Aus der Ururne über 60 Mark sind den betreffenden Nummern in Vertheilung folgende:

(Eine Gewähr.)

435 77 682 94 798 834 971 1022 58 61 84 204 07
331 48 467 1001 513 693 708 853 946 1000 2056 198
254 78 92 357 65 419 618 744 87 813 3214 314 477 100
4000 90 119 304 487 501 781 842 58 909 5100 307 730
15 1001 529 85 87 753 95 88 829 942 7075 304 400 338
89 965 7018 100 19 380 44 62 467 629 702 872 8056
126 75 87 92 290 484 1000 567 763 9009 11 74 80 313
37 406 610 817 80

10141 274 566 603 728 11008 1000 276 364 459
1000 69 673 94 758 847 76 939 12039 722 1001 849
12919 379 567 636 1000 789 987 58 14094 371 305 93
752 94 813 13007 14 169 332 604 46 730 75 878 16258
550 17005 148 407 87 609 614 708 39 18078 127 251
75 725 927 10002 125 61 323 80 435 541 624 732 32
825 92

20072 460 532 56 91 1000 93 434 57 701 6 818 79
967 21164 317 88 485 520 681 753 801 1000 6 37 69
1000 22026 82 823 639 754 884 938 23059 134 50 57
509 19 913 51 24017 154 55 380 85 465 528 70 783
955 69 92 20562 190 49 65 379 418 1150 501 7 665
789 1000 955 86 20259 311 39 438 597 721 35 27006
72 161 94 200 458 507 625 1000 725 900 28 28106 48
222 50 56 310 33 507 22 56 692 957 89 29200 1000 427
70 544 48 970

300114 91 317 88 493 730 938 31075 145 85 857 99
32005 22 108 201 26 304 70 486 519 639 80 755 879 91
985 36123 68 289 313 92 528 48 681 1000 56 735 79
813 57 900 28 72 34281 302 241 524 307 37 47 965
35878 811 94 99 978 30009 74 187 38 94 283 400 90
548 602 9 48 56 941 87 02 115 20 280 521 41 638 53
66 72 977 38207 332 458 567 614 949 39068 193
1000 217 558 618 678 952

40027 74 159 65 83 289 322 454 72 656 726 85 979
95 41226 311 466 529 628 603 42 63 858 923 52 42067
102 82 521 68 538 413 510 921 43368 96 302 926 403
75 512 72 1100 716 839 906 44095 138 357 60 63
45007 828 59 188 614 89 48096 148 38 83 96 254 91
265 77 457 527 700 44 47027 81 109 32 424 586 867
89 95 49060 97 151 635 45 79 780 49277 374 94 448
607 651 886 935

50140 46 221 48 76 519 67 606 712 18 95 976 51014
114 212 48 88 233 61 471 84 94 514 25 726 863 94 32007
536 608 85 947 58041 137 254 413 44 507 1150 94 713
16 40 973 54017 100 67 165 449 50 525 73 88 88 906
972 55348 554 2000 805 30 82 50074 117 88 220 66
308 22 81 509 718 989 57086 117 27 66 309 26 39 83
70 91 616 37 713 812 50055 175 353 87 60 561 618 72
952 71 83 50134 69 300 17 23 1150 35 48 413 500 15
724 862 71 93 913 62 1000

60144 146 96 425 72 586 826 999 61014 54 78
62365 396 77 83 915 31 63 900 118 99 221 37 64 309
17 56 445 738 77 64019 127 128 58 1000 484 514 407
955 65039 59 593 731 66277 67 144 1000 655 723
821 60 961 96 67098 100 61 67 425 1150 330 59 453
647 789 863 974 68079 908 732 90002 24 26 36 68
332 77 425 513 54 868 926

70045 351 69 80 441 1100 58 514 775 894 909 71077
275 349 90 460 684 812 90 71 72043 64 256 1100 51
307 1000 406 49 59 841 65 96 74055 257 1000 354
740 355 84 66 631 83 724 31 87 808 940 89 74019 239
595 1000 950 93 73046 1000 180 308 65 72 76 624 780
859 967 90 76210 350 670 794 89 63 77072 1000 128
260 854 412 32 79 535 55 75 640 67 739 79 92 806 97
924 78043 121 1100 41 60 218 39 37 342 83 699 800 42
79038 87 104 244 333 36 426 523 729 908 938

80077 79 204 376 504 807 31 98 962 71 81086 140
86 277 392 584 705 82010 183 203 342 451 505 26 617
911 80007 62 398 565 612 25 844 881 84054 70 90 105
8 32 1000 92 398 565 612 25 844 881 84054 70 90 105
21 59 906 34 86098 139 89 272 30 874 905 32 87007
8 1000 60 72 172 78 340 80 430 66 706 61 813 84 991
88196 249 56 377 579 1000 964 93 89101 675 707 827
87 938

90206 449 548 610 705 10 47 52 81000 47 392 401
654 734 819 85 920 90033 129 317 82 453 600 925
93055 117 213 384 477 520 9197 807 466 615 935 89
93045 246 88 327 447 529 707 895 922 96089 137 440
677 644 98 715 918 97042 240 366 512 630 708 83 1000
367 90255 54 115 264 378 1000 670 931 82 90045 227
41 84 94 321 440 94 512 74 696

100056 153 61 221 57 321 62 612 101149 285 1000
426 41 78 507 39 84 694 948 102126 227 453 714 82
1000 804 925 50 103152 210 815 659 735 826 29 104039
79 116 361 65 479 578 790 847 105157 98 70 410 36
789 69 83 100044 362 442 672 609 71 751 801 917 41
107081 308 45 721 46 876 985 108006 34 36 159 324
584 644 1000 887 913 26 100589 764 844 75

110077 315 97 492 426 455 844 1000 946 111942

Die Waffenaussperrung in Dänemark.

Kopenhagen, 4. Juli 1899. Die Einigungskammer hielt heute ihre zweite Sitzung ab, welche durch das Verhalten der Unternehmer ebenso lang ausgedehnt wurde, wie die vorige. Die Unternehmer wollen eben die Ausperrung in die Länge ziehen, bis sie glauben, daß der Hunger die Arbeiter dazu zwingen wird, sich zu unterwerfen. Sodann haben sie wiederum eine Reihe von Forderungen aufgestellt, welche sie anerkannt verlangen, ehe sie die Ausperrung aufheben wollen. Ursprünglich hatten sie acht Punkte aufgestellt, heute stellen sie nun 11 (eif) neue Punkte auf, sodaß sie nun im ganzen 19 Streitpunkte gelöst haben wollen, ehe sie die Ausperrung aufheben. In dem einen der neuen Punkte verlangen die Arbeitgeber ein Mitbestimmungsrecht darüber, was in den Statuten der

Gewerkschaften stehen darf. In gewissen Fällen dürfen die Gewerkschaften ihre Statuten nicht verändern, ohne die Erlaubnis der Arbeitgeber einzuholen. Weiter verlangen sie, daß das Stimmrecht in den Gewerkschaften nur denjenigen Mitgliedern zukommt, welche das Wahlrecht zum dänischen Reichstag haben. Alle im Auslande geborenen Arbeiter dürfen also keinen Einfluß auf ihren eigenen Verein haben. Und da das Wahlrecht zum bisherigen Reichstag erst mit dem 30. Jahre eintritt, und außerdem bei dem Genuße von Armenhilfe verloren geht, wird der überwiegende Teil der inländischen Arbeiter ebenfalls unermächtigt gemacht. Die Arbeitgeber verlangen weiter, daß die Gewerkschaften eine Viertel Million Kronen deponieren sollen als Sicherheit dafür, daß die eingegangenen „Verpflichtungen“ erfüllt werden. Schließlich verlangen sie das Recht zu haben, zu jeder Zeit und ohne

vorausgehende Verhandlungen eine Generalausperrung erklären zu können, und dieses „Recht“ sollen die Gewerkschaften anerkennen. Es ist einleuchtend, daß nur aufgeblähter Kapitalisten-Hochmut den Arbeitern einen solchen Dohn zu bieten wagt, und es beweist klar und deutlich, daß es die Absicht der Arbeitgeber ist, die Arbeiter vollständig zu Sklaven zu machen, sowie deren Organisationen zu ruinieren. Und das Mittel, welches sie hierzu gebrauchen wollen, ist die Hungerpeitsche. Deshalb wollen sie die Ausperrung nicht eher aufheben, als bis die Arbeiter ausgehungert sind. In der heutigen Sitzung wurde selbstredend kein Resultat erzielt. Morgen findet wiederum eine Sitzung statt, aber wahrscheinlich werden die Vertreter der Arbeiter sich nicht mehr lange zu diesem von den Kapitalisten aufgeführten Komödientpiel hergeben. Mit brüderlichem Gruß P. Knudsen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Donnerstag, den 6. Juli. Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fiedermans. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Der Schlangenhaut. Conzert. Border: Zum Einleiten. Anfang 7 1/2 Uhr. Weiten. Die Zauberflöte. Anfang 7 Uhr. Neues. Die Wahrlagerin. Hierauf: Abschiedsoper. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Hamburger Weiden. Hierauf: Babbers Ebenbild. Anfang 7 Uhr. Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Hubmann Henschel. Anf. 8 Uhr. Kreuzbergplatz. Rana. Anfang 8 Uhr. Abend. Die Zandrin am Stein. Anfang 8 Uhr. Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr. Apollo. Frau Luna. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr: Im Theater: Das Land der Fjorde. Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum. 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Von 6 1/2 Uhr ab: Specialitäten. Neu! Die Riesenbrüder. Herold und Leons in ihrer Burlesk-Scene: Die Riesenbraut.

CASTANS PANOPTICUM. Die sensationellen lebenden Photographien! mit Figuren in Lebensgröße. Die russische Damenkapelle „Mignon“ in moskowitzischen Kostümen. „Dreifuss“ mit 3 Beinen gebor. leb. Koakampferd.

Schiller-Theater. (Waller-Theater). „Morwitz-Oper“. Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr: Gastspiel „Heinrich Bütel“: Der Troubadour. Or. Oper in 4 Akten von G. Verdi. Freitag, abends 7 1/2 Uhr: A Basso Porto. Hierauf: Die Nürnberger Puppe. Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel „Heinrich Bütel“: Der Postillon von Loujumeau.

Central-Theater. Direction: José Ferenczy. Anfang 8 Uhr. Gesamt-Gastspiel des Hamburger Ernst Drucker-Theaters Hamburger Weiden. Solaler Schwan in 5 Bildern von Julius Stinde. Hierauf: Vadders Ebenbild. Blaudtische Comedi in 1 Act von W. Fide. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonnabend zum ersten Male: Lumpenpack. Hamburger Volksbild.

Metropol-Theater. Behrenstr. 53/54. Direction: Richard Schultz. Phänomenales Jull-Programm. Neue Debuts! 8 Champions. Das grandiose engl. Gesangs- und Tanzensemble Charles Baron. Der urkomische Dresseur im Löwenkäfig, Siegwart Genthies als Yvette Guillbert, unvergleichliche Kopie. Um 9 Uhr der grösste Saison-Erfolg Berlin lacht! Berliner Revue.

Die Zauberin am Stein. Volks-Drama in 4 Akten v. Fr. Rißel. In Scene geleit v. Robert Wop. Anfang 8 Uhr. Vorzugsbillets haben Vorrang. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Deut im Garten: Vollständig neues Jull-Programm.

Apollo-Theater. Abends 9 Uhr: Frau Luna mit dem Luftballett „Grigolatis“. Ferner: Otto Reutter und 6 neue Debuts. Anf. des Garten-Konzerts 7 Uhr. der Vorstellung 8 Uhr. Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69.

Reichshallen. Garten resp. Saal täglich: Stettiner Sänger (Weisfel, Pleiro, Britton, Ziehl, Arone, Kirchmayer, Schneider und Schrader). Zum Schluss: Burschenherlichkeit. Ein Studienbild von Meisel. Anfang wochentags 8 Uhr, Samstags 7 Uhr. Entree 50 Pf. (für die Wochentage im Vorverkauf 40 Pf.) Numerierte Estrade 1 Mk., unnumeriert 75 Pf. Reichshallen-Restaurant täglich: Großes Instrumental-Konzert bei freiem Entree.

Victoria-Brauerei. Sühnwiese 111/112. Im Naturgarten oder Saal: Täglich Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger (Fährmann, Horst, Walde). Anf. Sonntags präc. 7, wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf. Border. 10 Pf. Familienbillets 3 = 1 Mk. Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Achtung, Südosten! Treptow. Hohlweins Kogler-Schlösschen. Treptow. An der Köpenicker Landstrasse. Sonnabend, den 8. Juli 1899: Grosses Sommerfest verbunden mit Italienischer Nacht arrangiert vom Gesangverein „Alpenrose“ (M. des A.-S.-B.). Die Kaffeeliche ist von 3 Uhr an geöffnet. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Programm 15 Pf. Im Saale: Gr. Ball. Perren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Um 9 Uhr: Große Kinder-Padelpolonaise unter Vorantritt der Musikvereine. 1155b Um zahlreichem Besuch bitten Das Komitee.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 14-15. Artistische Leitung: Paul Widby. Täglich: Großes Garten-Konzert. Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Personals. Nur erkrankte Kräfte. Georg Fischer (Viebersänger), Karl Gursch (Tanz-Parodist), Erna Barnola (Kofium-Soubrette), Vendaro-Trio (Phänomenal), Frères Rosini (Equilibristen), Mr. Leotardi (Antipode). Neues gediegenes Familien-Programm. Entree: Wochentags 20 Pf. Nummerierter Platz 40 Pf. Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Entree: Sonntags 25 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Anfang der Vorstellung 6 Uhr. In den Festtagen: Großer Ball. Die Kaffeeliche ist geöffnet. Max Kliem.

Wedding-Park. Müllerstrasse 179. Am Wedding-Platz. Jeden Sonntag und Donnerstag: Grosses Frei-Konzert, ausgeführt von der uniformierten Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektoren Herrn Koch. 1324b Am Saale: Grosser Ball. 7 verdeckte Sommer-Regelbahnen, von denen noch einige zu vergeben sind. — Volksbelustigungen aller Art. — Kaffeeliche täglich nachmittags von 3-6 Uhr geöffnet. — Sonn. 30. Mai ab jeden Dienstag: Auftreten der Original-Norddeutschen Sänger. W. Trapp.

Schweizer-Garten. Am Königsdör (Ringbahn) Am Friedrichshain. Täglich: Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Auftreten des neuen Künstler-Ensembles. Jeden Abend von 10-11 Uhr: Odalisker in Bade. Burleske mit Gesang in 2 Bildern. Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: Ball. In Vorbereitung: Der Matador von Klantschou. Im August sind noch zwei Sonnabende an Vereine zu vergeben.

R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“ Konzertgarten u. Prachtjäle. Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16. Täglich: Gr. Promenaden-Konzert. Jeden Donnerstag: Elite-Streich-Konzert. Sonntags: Großer Ball im neubauten Saal. Empfehlung meine Söhle zu allen Festlichkeiten. R. Ballschmieder.

Prater-Theater. Kottbuser-Allee 7/9. Täglich: Doras Rosi. Volkstümlich mit Gesang u. Tanz u. Jugo Schuch. Musik von A. Kersten. Kottbuserbreite Fehln. Lucie Sarow. Gebr. Milano, Grot. Duett. Trauma-Quartett, Gesang und Tanz. Abous u. Campton, Kofiumer. Br. Picardy, Pando und Kopp. Gaultibrit. Ballettgesellschaft Döring. Mr. Bartling, lebende Photographien. Konzert und Ball. Eintritt wochentags und Sonntags 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kasse.

Waudeville-Theater. Inhaber: F. Lehmann. Schönw. Allee 148. Kottbuser-Allee 97/99. Täglich: Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung. Sommer-Theater „Alter Dessauer“ Artistischer. 32. Inhaber: A. Ladewig. Schattiger Garten Berlins. Täglich: Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Neu! Achtung! Achtung! Neu! Allen Freunden und Bekannten zur Kenntnisnahme, daß ich von jetzt ab goldklares Berliner Weißbier vom Faß ausfahre. Um freundlichen Zuspruch bitte Oskar Schultze, Große Frankfurter Straße 5, Ecke Bruchstraße. 2159b

W. Noacks Theater. Brunnstrasse 16. Täglich: Theater- u. Specialitäten-Vorstellung. Das goldene Kalb. Charakterbild in 1 Akt. Neu! Mein Husar. Lieberpiel in 1 Akt von Steiner. Musik von Hummel. Im Saale: Tanzkränzchen.

Ostbahn-Park. Hermann Imbs. 71 Rüderrdörfer Straße 71, am Rükner Platz. Täglich: Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Nur erstklassige Nummern. Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrig Nachzahl. 20 Pf. Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrig Nachzahl. 10 Pf. Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger. Hermann Imbs, Direktor.

Sommertheater Marienbad. Badstraße 35/36. Regie: Willy Reuschs. Direction: Max Meckelburg. Heute sowie täglich: Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Berlin wie's näht und trennt. Poße mit Gesang und Tanz in 2 Akten von E. Gu. Nach der Vorstellung: Ball. In Vorbereitung: Rosen aus dem Süden.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche. ausschließlich eigenes Fabrikat. — Specialität: Arbeiter-Berufs-Artikel: Blau Röper-Jaden Nr. 1.65, steigend je nach Größe um 10 Pf. Blau Röper-Hosen, in allen Längen, Nr. 1.65. Arbeiterhemden, Blusen, Wästel u. Monturbemden. D. Wurzel & Co., Wrangeistr. 17. Feste Preise!

Carl Stier. Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe. Berlin, Oranienstr. 168. Zur Sommer- u. Reise-Saison. A. Anzüge. Jackett-Anzug aus gewirntem Waschstoff 6,- Mk. Jackett-Anzug aus meliertem haltbar. Waschstoff 8,- „ Jackett-Anzug aus fest gewirntem Sommerstoff 10,50 „ Jackett-Anzug aus sehr festem gemusterten Sommerstoff 15 und 18,50 „ Jackett-Anzug aus leichtem Wollstoff, schöne Muster 16,- „ Jackett-Anzug aus Lodenstoff, elegant, dauerhafter Anzug 22,50 „ Jackett-Anzug aus leichtem Sommer-Kammgarn, eleganter reinwollener Anzug 27,- „ Jackett-Anzug aus gewirntem Stoff, praktische, melierte Muster 22,50 „ Jackett-Anzug aus leichtem blauen Cheviot 27,- „ Jackett-Anzug aus feinem bayerischen Loden, elegant und sehr dauerhaft 30,- „ Jackett-Anzug aus feinem gewirntem Stoff 33,- „ Jackett-Anzug aus feinem meliertem Kammgarn, sehr elegant 36,- „ Jackett-Anzug aus feinem meliertem Cheviot, hochlegant 36,- „ usw. usw. usw. B. Joppen und Jacketts. Joppe von grünem meliertem Stoff 1,95 Mk. Joppe von braunmeliertem Stoff 1,50 „ Joppe von grün- oder braunmeliertem Stoff 1,75 „ Joppe in starker Qualität, grün oder braun 3,- „ Joppe in sehr starker Qualität, grün oder braun 3,75 „ Jackett von schwarz Lustre mit Aornelfutter 2,75 „ Jackett von schwarz Lustre mit Futter 4,50 „ Jackett von hellgrau oder hellmode Lustre 4,50 „ Jackett von meliertem Lustre 5,50 „ Jackett von schwarz Panama 5,50 „ Jackett von grau oder mode Panama 6,50 „ Jackett von elegantem Diagonal 6,- „ Jackett von schwarz Kaschmir mit Futter 7,50 „ Jackett von feinem schwarzem Lustre mit Futter 7,50 „ Jackett von feinem schwarzem Cachemire mit Futter 9,50 „ Jackett von prima Cachemire 12,- „ Joppe von Loden, grau oder mode 6,- „ Joppe von Loden, etwas kräftiger 7,50 „ Joppe von feinem Loden 10,50 „ Joppe von bayerischem Loden, sehr elegant 15,- „ usw. usw. C. Hosen. Hose von Zwirnstoff 1,75 Mk. Hose von Molestin, waschecht 2,- „ Hose von Zwirnstoff, sehr haltbar 2,75 „ Hose von Molestin, in schönen Mustern 3,50 „ Hose von Sommerstoff 4,50 „ Hose von leichtem Buckskin 3,50 „ Hose von Zwirnsockskin, sehr haltbar 5,- „ Hose von gestreiftem Cheviot, schöne Muster 5,50 „ Hose von leichtem Velour, schmal gestreift 9,- „ Hose von leichtem Cheviot, elegant und sehr dauerhaft 10,50 „ Hose in allen übrigen Qualitäten von 4,50-10,50 „ D. Staubmäntel oder Havelocks. Staubmantel in Drell 4,50 Mk. Staubmantel in Lustre 8,- „ Staubmantel in fein. geotr. u. meliert. Mustern 12,- „ Havelock in Loden, imprägniert 9,- „ Havelock in Diagonal-Loden, imprägniert 12,- „ Havelock in Strich-Loden 15,- „ Havelock in reinwollenen Loden 20,- „ Havelock in fein. meliert. Loden 27,- „ 25,- u. 22,50 „ Havelock in H. Kameelhaar-Loden 36,- „ E. Knaben-Anzüge. Joppen-Anzug für Knaben von 7 Jahren an 2,80 Mk. Joppen-Anzug in Waschstoff 3,50 „ Joppen-Anzug in feinerem Waschstoff 4,50-5,50 „ Joppen-Anzug von Turntuch 4,50 „ Joppen-Anzug von vorschrittsmäss. Turntuch 8,50 „ Joppen-Anzug von ff. Wollturntuch 9,50 „ Wegen vorgerückter Saison habe ich einen grösseren Posten guter Jackett-Anzüge in verschiedenen modernen Farben aussortiert und für circa 20 Mark zum Verkauf gestellt. Dieselben sind sämtlich aus soliden und dauerhaften Stoffen hergestellt und kosteten bisher bis zu 36 Mark. Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung franco/zu, doch nur von Qualitäten über 3 Mark. Zahlreiche unverlangte Anerkennungen sind ein Beweis für den guten Sitz und die tadelloste Ausführung meiner Fabrikate. Dauerhafte Stoffe!

Freie Volksbühne

Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 in der Arminhallen, Kommandantenstrasse 20.
 Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Kassen- und Revisionsbericht. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet Der Vorstand.
 Diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden nochmals ersucht, diese bis spätestens 1. August zu begleichen, da ihre Mitgliedschaft sonst laut Statut erlischt.
 230/10 L. A.: G. Winkler.

Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 im Lokale des Herrn Carl Vehse, Annonenstrasse 16 I.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Anträge. 4. Schulangelegenheiten und Verschiedenes. **Mitgliedsbuch legitimiert.** Beiträge werden entgegen genommen. Zahlreichen Besuch erwartet.
 1/20 Der Vorstand.

Charlottenburg.

Dienstag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Beyer (Gambinus-Strasse), Ballstraße 91
Mitglieder-Versammlung
 des Verbandes der Fabrik-, Land- u. Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Charlottenburg).
 1. Vortrag des Herrn Hupfert (Trepow) über: „Die Trepotower Sternwarte.“ 2. Diskussion. 3. Berichterstattung vom hiesigen Arbeitsnachweis Charlottenburg. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste willkommen.
 64/13 Die Ortsverwaltung.

Möbel auf Teilzahlung.
J. Kellermann,
 Prinzenstr. 97,
 parterre, Eingang vom Platz. 1
Mittagstisch Suppe, Gemüse, Braten, Kompott.
 m. Bier 50 Pf. Köpenickerstr. 55a.

Fahrräder,
 verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu den billigsten Preisen liefert Carl Karras, Vangerstr. 17, part., kein Laden. Eigene Reparatur. Teilzahl. Samtl. Zubehör.

Bei einem Einkauf von Mk. 3 an Reiseflasche mit Likör gratis.

Jacques Raphaëli Inh. Th. Büsing

BERLIN C., An der Spandauer Brücke No. 2.

Angebote für die Reise.

Herren-Anzüge 10,-, 14,-, 19,-, 24,-	Herren-Havelocks u. Regenröcke 10,-, 13,50, 16,50 etc.
Herren-Leinen-, Lüstre-, Lodenjoppen . 1,-, 1,75, 2,20, 2,80, 3,75, 4,50 etc.	Knaben-Schul- u. Waschanzüge 1,50, 2,75, 3,25, 4,- etc.

Schuhwaren

in bekannten guten Qualitäten unter Garantie, in denkbar grösster Auswahl

für Damen. Segeltuch-Schnürschuh, Abs. Lederbesatz 2,60 Rossl. Schnür- oder Knopfschuh 3,75 braun Ziegenleder-Schnür- oder Knopfschuh . . . 4,25 do. Schnür- od. Knopfstiefel 7,50, 6,75 Brauner echt Chevreaux-Knopf- oder Schnürstiefel in eleg. amerik. Fab. 9,50	für Herren. Segeltuch-Schnürschuh, Abs. Lederbesatz 3,10 Rindleder-Zug- od. Schnürschuh 3,90 do. Zugstiefel ohne Naht 6,75 5,- Schnürstiefel la. Rossleder, 8,50 do. in Braun, echt Ziege . . 10,- Raph. Goodyear-Welt-Schnürstiefel 10,75
--	---

Kinder-, Mädchen-, Knaben-Schuhe u. Stiefel

Segeltuch-Schnürschuh, Abs. Lederbesatz 2,10, 1,80 Rossl. Schnür- od. Knopfschuh genagelt Handarbeit . . 3,25, 2,50	Rossl. Schnür- od. Knopfstiefel genagelt Handarbeit . 4,50, 3,25 Braun Knopf- od. Schnürstiefel 5,50, 3,75
--	---

Cigarren, Billigste u. reellste Bezugsquelle für Cigaretten. Wiederverkäufer, Restaurateure und Private in den Preislagen v. Mk. 17,50 bis 250,- pro Mille.
 Man verlange gratis u. franco mein Preisbuch.

Kondor-Fahrrad-Werke, A.-G.

Brandenburg a. H., vormalig A. L. Liepe & Breest.

Die Eröffnung unserer Filiale zeigen wir allen Interessenten ergebenst an und bitten um Besichtigung unserer bekannten, sehr dauerhaften und preiswerten Räder.
 Die Geschäftsleitung liegt in den Händen des allseitig bekannten Herrn **Otto Mündner.**
Berlin N., Chausseestr. 106, Amt III. 2223.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Wägelverkauf, Oranienstr. 73, zwischen Marktplatz und Alexandrinenstr. in meinem vier Etagen hohen Gebirgsgebäude, großes Möbel-Specialgeschäft für Wohn- u. Einrichtungsgegenstände, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vorzuführen zu beschließen. Bestehen Sie mein größtes Musterbuch gratis und franko. Durch größere Masseninkäufe und Ersparende der besten Warenmiete bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 10 000 Mark zu liefern. Fertige Musterzimmer zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen aus Teilzahlung unter den günstigsten Bedingungen. Bestehen ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Brautleute erhalten hübsche Braut-Wägel als Zugabe. Kleiderständer 20, Waschtische, Küchenstühle 18, Kommode 18, Spiegel 7, Kleiderheiderständer 15, Sofa 30, Bettstelle mit Matratze 18 Mark, Stuhlbaum und Mahagoni furnierte Kleiderständer, Bettstuhl 32 Mark, Kleiderständer mit Sprungfederboden 40, elegante Truhen 45 Mark, Salon-Ornament 60, 75 und 105 Mark, Paravandisch mit Sattelstücken 75, Herrenschreibtisch 48, reichgeschmücktes Buffet 100 Mark. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Borräte des besten gewaschenen, zum Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher und feiner Möbel. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerordentlich.

Kinderwagen (Dreirad) verkauft Mühl, Schließelstraße 14. [11618]
Taschenuhren billige Golduhren, große 32a parterre. 458*
Gobelwand, keine, gebrauchte, kauft Rother, Friedenstraße 99. 715
Küchensagen, großer, Wiegeschale, Plan, beim Kocherer Vorkagenerstraße 20. 729
Kinderwagen, Bettstellen, Betten, Spezialgeschäft, Bazar Badu, Zuercherstraße 100, Brunnenstraße 92, Oranienstraße 70, Frankfurterstr. 116 (Andreasstraße), Chausseestraße 8, Reichensdorferstraße 2 ds. Charlottenburg, Wilhelmstr. 55. Auch Teilzahlung 1 Mark wöchentlich. [498*]
Charlottenburg, Küchenständer, eiserne Bettstelle, Matratze zu verkaufen. Spreestraße 32, Hoffe. 723
Räumungs-Ausverkauf Demewitzstraße 1, in Wasche, Tricotagen, Hülsen, Tafeln, Gardinen, Strohhüten, sportlich. 993b
Betten, Schlafbetten, Steppbetten, Matten, Reibungsstücke, Teppiche, Tischdecken, Regulatoren, Remonitoren, Uhren sportlich Pfandbriefe Reanderstraße 90, 20*
Strickmaschinen für Familien- und Hausgebrauch, auch auf Teilzahlung. Gustav Biederer, Engel-Ufer 20. 713
100 verschiedene edle Briefmarken 30 Pfennig, Porto 10 Pfennig. [942b] D. Vertig, Leipzig, Weststr. 33.
Möbel, Haar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königsdorferstraße. 418*
Baustellen. Großartige Zukunft hat eine neuentstandene Kolonie dicht an der Chaussee. Baucorridor umgeben. Rute 35 R. Grundstück erstellt N. Scholz, Kommandantenstraße 58. 9488

Vermischte Anzeigen.
Elektrotechnik. Abendkurse. Beginn 11. Juli. Keine Vorkenntnisse. Anmeldung umgehend, auch Samstags bis 1 Uhr. Abgangszug. Stellen nachweis. Josten, Alte Jakobstr. 24.
„Gleira“, Berliner Elektrotechnik, Abendkurse zur Ausbildung von Elektromonteur, Installateuren, Maschinen u. keine Vorkenntnisse nötig. Eigene demonstrative Lehrmethode, für jeden verständlich. 400 Demonstrationen, Apparate. Extrakurse zur praktischen Ausbildung. Eigenes Laboratorium mit professioneller Schulherstellung. Diplombeweis für Monteur. Stellungsanmeldung. Probestunde u. Vorlesung gratis. Anmeldungen kostenlos. persönlich. Prinzengasse 55, I. Telefon IV. 6004. [452]
Verabschiedete Kruse wohnt Pflanzengasse 27 bei Weinet. 11625
Klagen, Eingaben, Unfallsachen v. Helwig, W. Steinwegstr. 22. [11448]
Zuchabfälle kauft Bröderer, Oppelnerstraße 16. 432*
Meyer, Brehm, Brodhaus und alle anderen Bücher bezieht und kauft Antiquariat Kochstraße 58, Kant IV 805. 389*
Verzinszimmer, 40 Personen fassend, frei. Gustav Laberger, Kommandantenstraße 65, nahe Alte Jakobstraße. 1962b*
Verzinszimmer, 30 und 40 Personen. Ernst Herz, Alte Jakobstraße 119. 1964*
Verzinszimmer, separater Ausgang, zu vergeben, passend für Zahlstellen. Ouz, Rixdorf, Rixdorfstraße 16. [1909b*]
Gebrauchte Mahagoni-Möbel kauft Bogars, Anflamerstraße 20. 626b

Mahschneidererei für Herrenanzüge, robe in guten englischen und deutschen Stoffen. W. Taterow, Kamenstraße 20, parterre, gegenüber Thalia-Theater.
Leistung-Marken und Kaufkraft. Stempel liefert seit 20 Jahren für tausende Marken und Vereine Jean Dolze, Hamburg, Große Drebbahn 46. Illustrierte Preislisten gratis. [134/1] 248*
Woll- und Baumwoll-Käse jeder Art kauft Troberer, Oppelnerstraße 16, parterre. 248*
Fahrradhändler kaufen sämtliche Zubehör- und Ersatzteile, sowie Geschäfte, gepumpte Räder sehr vorteilhaft. Oranienstr. 47. Fahrradartikel on gros.
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
3,50 Feuerversicherung Bauenerstraße 3. 92/1*
Farbigmacher verlangt Koole, Waldemarstraße 51. 1152b
Formen verlangt sofort Bronzewarenfabrik, Treppenstraße 26.
Inschneider sucht bei hohem Lohn und dauernder Stellung W. Wolff, Kartonsabrik, Bedingungen nur nachmittags.
Wasser für Goldbleiben, der auch auszuscheiden kann, verlangt Goldbleibenfabrik Alexandrinenstr. 25. 1163b
Vergoldergehilfe auf seine Goldbleiben verlangt W. Müller, Fruchtstraße 63. 1160b
Einem Lehrling zur Silberarbeit verlangt Rehrmann, Straßschreiberstraße 57. 1126b*
Einfaßerinnen auf Holzfuß oder Gantastellen verlangt Graef, Marfstraße 50. 1159b

Karton- Arbeiterinnen verlangt Laverri, Oddestraße 14. 713
Parasolherber Arbeiterinnen und Lehrlinge verlangt Hochfeldt, Barnimstraße 41. 1145b
Karton- Arbeiterinnen auf Glacépartien bei extra hohem Lohn verlangt Windstraße 62/63. 1156b
Kartonarbeiterinnen, erhalte bei gutem Lohn verlangt, Wallergasse 3.
Maschinen auf Fadeln außer dem Hause Gottwald, Mariannenstraße 21, III. 1124b
Gute Arbeiterinnen auf Wägelchen laden verlangt Schulz, Hauptstr. 7, Hof 4 Tr. 740*
Arbeiterinnen auf Wägelchenladen, Arbeitslohn 0,75-1,10 M., verlangt Steinil, Röntgenstraße 19, II (14)*
Tricotdauern. Geübte Tricotdauern- Arbeiterinnen, die sehr sauber arbeiten, finden zu guten Preisen dauernde Beschäftigung. Meldungen mit Vorlage von Probe-Arbeit bei Engel und Fiedemann, Kurstraße 47/49 III. 987b*
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
 Robert Dögel, Fruchtstr. 30, O.
 E. Vogel, Wue., Köpenickerstr. 83.
 Chr. Schulz, Bismarckstr. 14.
Nordosten:
 J. Reul, Barnimstr. 42.
Norden:
 W. Gajmann, Grünhaldenstr. 55.
 Karl Diars, Rahonien-Allee 25/26.
 Emil Stolzenburg, Wilsenstr. 14.
 S. Debus, Rübepflichterstr. 24.
 H. Vogel, Dammstraße 22.
 H. Tich, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
 Karl Hubers, Salzweberstr. 8.
Südwesten:
 F. Chelorge, Bergmannstr. 23, G. II
 P. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
 Hans Senke, Treppenstr. 52/53.
 F. Gutschmidt, Köthener Baum 6
Südosten:
 Fritz Thiel, Staligerstr. 35.
 W. Giese, Brunnstr. 58.
 Maria Wiese, Wabertstr. 24.
Centrum:
 G. Herich, Späthstr. 27.
Charlottenburg:
 Gust. Schandera, Schillerstr. 91 I
 H. Tich, Rother Friedenstr. 37b.
Friedenan:
 G. Veruce, Rixstr. 13.
Friedrichshagen:
 Anton Köp, Friedrichstr. 4.
Pankow:
 Gummert, Rother Friedenstr. 15.
Rixdorf:
 C. Ostermann, Erdstr. 4.
 G. Reheran, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
 Wilh. Schüller, Spittelhofstr. 13.
Weissensee:
 Heinrich Bachmann, Erdstr. 1.
 Julius Schäfer, Röntgenstr. 23.
 Rob. Pieschinger, GutsMuths-Str. 18.